

Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler

Bonn, den 26. Oktober 1966

II/4 — 52105 — 5821/66

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen  
vom 18. April 1966 zwischen der Bundes-  
republik Deutschland und dem Königreich  
Griechenland zur Vermeidung der Doppel-  
besteuerung und zur Verhinderung der  
Steuerverkürzung bei den Steuern vom Ein-  
kommen und vom Vermögen sowie bei der  
Gewerbsteuer

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deut-  
schen Bundestages herbeizuführen.

Abdrucke des Abkommens in deutscher, griechischer und eng-  
lischer Sprache sowie einer Denkschrift zu dem Abkommen  
liegen diesem Schreiben bei.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen  
und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1966 gemäß  
Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den  
Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der An-  
sicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

**Mende**

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Abkommen vom 18. April 1966  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung  
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung  
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
sowie bei der Gewerbesteuer**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Athen am 18. April 1966 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei der Gewerbesteuer wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Verordnung zur Beseitigung von Doppelbesteuerungen auf dem Gebiet der direkten Steuern im Verhältnis zu Griechenland vom 15. Juni 1944 (Reichsgesetzbl. II S. 47) wird mit Wirkung vom Inkrafttreten des Abkommens an aufgehoben. Die Verordnung ist letztmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1963 erhoben werden.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 Satz 2 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels XXIII Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel XXIII Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

## Begründung

### Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundestages, weil sich das Abkommen auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie auf die Gewerbesteuer und damit auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

### Zu Artikel 2

Das Abkommen ersetzt von dem in Artikel XXIII Abs. 2 des Abkommens festgesetzten Zeitpunkt ab die bisher in beiden Ländern bestehenden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erlassenen nationalen Rechtsvorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern. Absatz 1 hebt die dazu auf deutscher Seite ergangene Verordnung zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen auf dem Gebiet der direkten Steuern vom 15. Juni 1944 (Reichsgesetzbl. II S. 47) mit Wirkung vom Inkrafttreten des Abkommens an auf und stimmt letztmalige Anwendung der Verordnung und erstmalige Anwendung des Abkommens aufeinander ab.

Nach der 1963 vereinbarten Abkommensregelung ist das Abkommen erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1964 erhoben werden. Da das Abkommen wesentliche Verbesserungen bringt, soll es dabei verbleiben, obwohl das Abkommen entgegen den ursprünglichen Erwartungen der Ver-

handlungsdelegationen erst am 18. April 1966 unterzeichnet werden konnte. In besonders gelagerten Einzelfällen kann nach dem Abkommen aber die Gesamtbelastung an deutscher und griechischer Steuer höher sein, als nach den bisherigen Rechtsvorschriften. Um die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen nicht rückwirkend zu verschlechtern, sieht Absatz 2 vor, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nicht erhoben wird, soweit ihr nicht eine Entlastung an griechischen Steuern gegenübersteht.

### Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

### Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen nach seinem Artikel XXIII Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Durch das Abkommen werden sich die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden gegenüber dem Rechtszustand nach den zur Zeit gültigen Vorschriften mindern. Dem stehen jedoch Mehreinnahmen gegenüber, weil in gewissen Fällen die bisher eingeräumten Ermäßigungen der deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe zu gewähren sind. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird in jedem Fall für den öffentlichen Gesamthaushalt unbedeutend sein.

Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Königreich Griechenland  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung  
der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
sowie bei der Gewerbesteuer

**ΣΥΜΦΩΝΙΑ**

μεταξύ τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περὶ ἀποφυγῆς τῆς διπλῆς φορολογίας καὶ ἀποτροπῆς τῆς φοροδιαφυγῆς, ἐν σχέσει πρὸς τὸν φόρον εἰσοδήματος, κεφαλαίου ὡς καὶ τοῦ φόρου ἐπιτηδεύματος

Agreement  
between the Federal Republic of Germany  
and the Kingdom of Greece  
for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention  
of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and Capital  
and to the Trade Tax

DER PRÄSIDENT DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und  
SEINE MAJESTÄT DER  
KÖNIG VON GRIECHENLAND,

Ὁ Πρόεδρος τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ  
Ἡ Αὐτοῦ Μεγαλειότης ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων.

THE PRESIDENT OF THE  
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
and  
HIS MAJESTY  
THE KING OF THE HELLENES,

VON DEM WUNSCH GELEITET, bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei der Gewerbesteuer die Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuerverkürzung zu verhindern,

Ἐπιθυμοῦντες τὴν ἀποφυγὴν τῆς διπλῆς φορολογίας καὶ τὴν ἀποτροπὴν τῆς φοροδιαφυγῆς ἐν σχέσει πρὸς τὸν φόρον εἰσοδήματος, τὸν φόρον κεφαλαίου καὶ τὸν φόρον ἐπιτηδεύματος συνεφώνησαν ὅπως συνάψωσι τὴν ἀκόλουθον συμφωνίαν.

DESIRING to avoid double taxation and to prevent fiscal evasion with respect to taxes on income and capital and to the trade tax

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, das folgende Abkommen zu schließen. Zu diesem Zwecke haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Πρὸς τὸν σκοπὸν τοῦτου ὄρισαν ὡς πληρεξούσιους τῶν:

HAVE AGREED to conclude the following Agreement. For that purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

Der Präsident  
der Bundesrepublik Deutschland:  
Herrn Oskar Schlitter,  
Botschafter der Bundesrepublik  
Deutschland in Athen,

Ὁ μὲν Πρόεδρος τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας τὸν κ. Ὁσκαρ Σλίτερ, Πρεσβευτὴν τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, ἐν Ἀθήναις.

The President  
of the Federal Republic of Germany:  
H. E. M. Oskar Schlitter  
Ambassador of the Federal Republic  
of Germany.

Seine Majestät  
der König von Griechenland:  
Herrn Theocharis Rendis,  
Staatssekretär im Königlich  
Griechischen Außenministerium.

Ἡ δὲ Α.Μ. ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων τὸν κ. Θεοχάρην Ρέντιν, Ὑφυπουργὸν ἐπὶ τῶν Ἐξωτερικῶν.

His Majesty the King of the Hellenes:  
H. E. M. Th. Rendis  
Under Secretary of State.

Die Bevollmächtigten haben nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Οἱ ἐν λόγῳ πληρεξούσιοι κοινοποιήσαντες πρὸς ἀλλήλους τὰ πληρεξούσια αὐτῶν γράμματα, εὐρόντες δὲ ταῦτα ἐν ἀκόλουθῳ τάξει, συνεφώνησαν τὰ κάτωθι:

The plenipotentiaries, having communicated to one another their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Artikel I

(1) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,  
die Körperschaftsteuer,

die Vermögensteuer und

die Gewerbesteuer  
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

2. im Königreich Griechenland:

die Einkommensteuer der natürlichen Personen und die Einkommensteuer der juristischen Personen

(im folgenden als „griechische Steuer“ bezeichnet).

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel II

(1) Soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert, gilt für dieses Abkommen folgendes:

1. Der Ausdruck „Steuer“ bedeutet je nach dem Zusammenhang die deutsche Steuer oder die griechische Steuer.

2. Der Ausdruck „Person“ umfaßt natürliche Personen und Gesellschaften.

3. Der Ausdruck „Gesellschaft“ bedeutet eine juristische Person oder einen anderen Rechtsträger, der nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland steuerlich als juristische Person behandelt wird, und einen nach dem Recht des Königreichs Griechenland errichteten Rechtsträger.

4. (a) Der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ bezeichnet eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(b) Ist nach Buchstabe (a) eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

(aa) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige

Άρθρον I

(1) Οί ύπαχθόμενοι εις τήν παρούσαν συμφωνίαν φόροι είναι:

1. Έν τῷ Βασιλείῳ τῆς Ἑλλάδος ὁ φόρος εισοδήματος ἐπὶ φυσικῶν προσώπων καὶ ὁ φόρος εισοδήματος ἐπὶ νομικῶν προσώπων (καλούμενοι ἐφεξῆς „Ἑλληνικὸς φόρος“).

2. Έν τῇ Ὁμοσπονδίῳ Δημοκρατίᾳ ὁ φόρος εισοδήματος, ὁ φόρος ἐταπειῶν, ὁ φόρος κεφαλαιῶν, ὁ φόρος ἐπιτηδεύματος (καλούμενοι ἐφεξῆς „φόροι τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας“).

(2) Ἡ παρούσα συμφωνία ἐφαρμόζεται καὶ ἐπίσης καὶ ἐπὶ παντὸς ὁμοίου ἢ ὁμοιωθῶς παρομοίου φόρου ἐπιβληθέντος ὑπομένου ἐπιπροσθετως ἢ ἀντὶ τῶν ὑφισταμένων φόρων.

Άρθρον II

(1) Εἰς τήν παρούσαν συμφωνίαν, ἐκτὸς ἐὰν ἄλλως τὸ κείμενον ὁρίζῃ:

1. Ὁ ὅρος „φόρος“ σημαίνει τὸ φόρον τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ἢ τὸν ἑλληνικὸν φόρον, ὡς τὸ κείμενον ὁρίζει.

2. Ὁ ὅρος „πρόσωπον“ περιλαμβάνει τὰ ἄτομα καὶ τὰς ἐταιρίας.

3. Ὁ ὅρος „ἐταιρία“ σημαίνει πᾶσαν ἐταιρίαν ἢ πᾶν νομικὸν πρόσωπον δυνάμενον διὰ φορολογικοῦ σκοποῦς νὰ θεωρηθῇ ὡς ἐταιρία συμφώνως πρὸς τοὺς νόμους τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοὺς νόμους τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

4. (α) Ὁ ὅρος „κάτοικος ἐνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν“ σημαίνει πᾶν πρόσωπον ὅπερ, συμφώνως πρὸς τοὺς νόμους τοῦ ἐν λόγῳ Κράτους, ὑπόκειται εἰς φορολογίαν ἐν τῷ Κράτει τούτῳ, λόγῳ κατοικίας του, διαμονῆς, ἔδρας διουκίσεως ἢ ἄλλου παρομοίου κριτηρίου.

(β) Ἐὰν κατὰ τὰς διατάξεις τῆς προηγούμενης παραγράφου ἄτομόν τι τυγχάνῃ κάτοικος ἀμφοτέρων τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐφαρμόζονται οἱ ἐπόμενοι κανόνες:

(αα) Θὰ θεωρηθῇ ὡς κάτοικος τοῦ Συμβαλλομένου Κράτους ἐν τῷ ὁποίῳ ἔχει εἰς τὴν διάθε-

Article I

(1) The taxes which are the subject of this Agreement are:

1. in the Federal Republic of Germany:

the Einkommensteuer (income tax),  
the Körperschaftsteuer (corporation tax),

the Vermögensteuer (capital tax) and

the Gewerbesteuer (trade tax)  
(hereinafter referred to as "Federal Republic tax");

2. in the Kingdom of Greece:

the income tax on natural persons (Einkommensteuer der natürlichen Personen) and

the income tax on legal persons (Einkommensteuer der juristischen Personen)  
(hereinafter referred to as "Greek tax").

(2) This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of the existing taxes.

Article II

(i) In this Agreement, unless the context otherwise requires:

1. The term "tax" means Federal Republic tax or Greek tax, as the context requires.

2. The term "person" includes individuals and companies.

3. The term "company" means any body corporate, any entity which is treated as a body corporate for tax purposes under the laws of the Federal Republic of Germany and any legal entity established under the laws of the Kingdom of Greece.

4. (a) The term "resident of a Contracting State" means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other similar criterion.

(b) Where by reason of the provisions of the preceding paragraph an individual is a resident of both Contracting States the following rules shall apply:

(aa) He shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he

Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

(bb) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(cc) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

(dd) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(c) Ist nach Buchstabe (a) eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Dasselbe gilt für Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

5. Der Ausdruck „deutsches Unternehmen“ bezeichnet ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person betrieben wird, und der Ausdruck „griechisches Unternehmen“ ein gewerbliches Unternehmen, das von einer im Königreich Griechenland ansässigen Person betrieben wird; die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“ bezeichnen je nach dem Zusammenhang ein deutsches oder ein griechisches Unternehmen.

6. Der Ausdruck „gewerbliche Gewinne“ umfaßt auch die Mieten

σίν του μόνιμου κατοικίαν. Εάν έχει εις τήν διάθεσίν του μόνιμον κατοικίαν εις ἀμφοτέρω τῶν Συμβαλλόμενα Κράτη, θά θεωρηθῆται ὡς κάτοικος τοῦ Συμβαλλομένου Κράτους ἐκείνου μετὰ τοῦ ὁποίου συνδέεται στενώτερον προσωπικῶς καί οικονομικῶς (κέντρον ζωτικῶν συμφερόντων).

(ββ) Εάν τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος εἰς τὸ ὁποῖον ἔχει τὸ κέντρον τῶν ζωτικῶν του συμφερόντων δὲν δύναται νὰ καθορισθῆ ἢ ἐὰν δὲν διαθέτῃ μόνιμον κατοικίαν εἰς ἓν ἐκ τῶν δύο Συμβαλλομένων Κρατῶν θά θεωρηθῆται ὡς κάτοικος ἐκείνου τοῦ Συμβαλλομένου Κράτους ἐν τῷ ὁποίῳ ἔχει συνήθη διαμονήν.

(γγ) Εάν ἔχη συνήθη τόπον διαμονῆς εἰς ἀμφοτέρω τὰ Συμβαλλόμενα Κράτη ἢ εἰς οὐδὲν ἐξ αὐτῶν θά θεωρηθῆται ὡς κάτοικος τοῦ Συμβαλλομένου Κράτους τοῦ ὁποίου τυγχάνει ὑπήκοος.

(δδ) Εάν εἶναι ὑπήκοος ἀμφοτέρων τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ οὐδενὸς ἐξ αὐτῶν, αἱ ἀρμοδίαι ἀρχαὶ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν θά ἀποφασίσωσιν ἐπὶ τοῦ ζητήματος δι' ἀμοιβαίας συμφωνίας.

(γ) Εάν κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ προηγούμενου ἀδαφίου (α) ἐταιρεία τις εἶναι κάτοικος ἀμφοτέρων τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν θά θεωρηθῆται ὡς ἔχουσα κατοικίαν εἰς ἐκεῖνο τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος ἐν τῷ ὁποίῳ ὑπάρχει ἢ ἔδρα τῆς πραγματικῆς διοικήσεως αὐτῆς. Ἡ αὐτὴ διάταξις θά ἐφαρμόζηται ἐπὶ προσωπικῶν ἐταιρειῶν καὶ ἄλλης μορφῆς ἐταιρειῶν, αἰτινες συμφώνως πρὸς τὴν Ἑθνικὴν Νομοθεσίαν ὑπὸ τῆς ὁποίας διέπονται δὲν εἶναι νομικὰ πρόσωπα.

5. Οἱ ὅροι „ἐπιχειρήσεις τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας“ καὶ „Ἑλληνικὴ ἐπιχείρησις“ σημαίνουσιν ἀντιστοίχως βιομηχανικὴν ἢ ἐμπορικὴν ἐπιχείρησιν ἢ ἐργασίαν διεξαχουμένην ὑπὸ κατοίκου τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ βιομηχανικὴν ἢ ἐμπορικὴν ἐπιχείρησιν ἢ ἐργασίαν διεξαχουμένην ὑπὸ κατοίκου τοῦ Ἑλληνικοῦ Βασιλείου, οἱ δὲ ὅροι „ἐπιχειρήσεις ἐνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν“ καὶ „ἐπιχειρήσεις τοῦ ἑτέρου Συμβαλλομένου Κράτους“ σημαίνουσιν ἐπιχειρήσιν τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας ἢ Ἑλληνικὴν ἐπιχείρησιν, ὡς τὸ κείμενον ἐρῶσει.

6. Ὁ ὅρος „βιομηχανικὰ καὶ ἐμπορικὰ κέρδη“ περιλαμβάνει μισθώματα καὶ

has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closest (centre of vital interests);

(bb) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a habitual abode;

(cc) if he has a habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;

(dd) if he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall determine the question by mutual agreement.

(c) Where by reason of the provisions of the preceding subparagraph (a) a company is a resident of both Contracting States then it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated. The same provision shall apply to partnerships and associations which under the national laws by which they are governed are not legal persons.

5. The terms "Federal Republic enterprise" and "Greek enterprise" mean respectively an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of the Federal Republic of Germany and an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of the Kingdom of Greece; and the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean a Federal Republic enterprise or a Greek enterprise, as the context requires.

6. The term "industrial and commercial profits" includes rents and

und Lizenzgebühren für kinematographische Filme.

7. (a) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (b) Als Betriebsstätten gelten insbesondere:
- ein Ort der Leitung,
  - eine Zweigniederlassung,
  - eine Geschäftsstelle,
  - eine Fabrikationsstätte,
  - eine Werkstätte,
  - ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
  - eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.
- (c) Als Betriebsstätten gelten nicht:
- Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
  - Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
  - Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
  - eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
  - eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.
- (d) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Buchstaben e — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staate gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staate gewöhnlich ausübt, es sei denn,

δικαιώματα άφαιρώντα κινηματογραφικά ταινίας.

7. (α) 'Ο όρος „μόνιμος έγκατάσταση“ σημαίνει καθορισμένη επγγελματική εγκατάσταση όπου αί εργασία της επιχείσεως διεξάγεται έν όλω ή έν μέρος.
- (β) Ειδικότερον ή μόνιμος εγκατάσταση περιλαμβάνει:
- έδραν της διοικήσεως
  - ύποκατάστημα
  - γραφείον
  - εργοστάσιον
  - εργαστήριον
  - ύρυχείον, λατομείον ή άλλον τόπον εκμεταλλεύσεως φυσικών πόρων.
  - τόπον οικοδομής ή κατασκευής ή έργσιον συναρμολογήσεως εγκαταστάσεων διαρκείας πλέον των 12 μηνών.
- (γ) 'Ο όρος „μόνιμος εγκατάσταση“ δέν θεωρείται ώς περιλαμβανών:
- την χρησιμοποίησιν εγκαταστάσεων προοριζομένων μόνον διά την άποθήκευσιν, έκθεσιν ή παράδοσιν άγαθών ή εμπορευμάτων ανηρόντων εις την επιχείρησιν.
  - την διατήρησιν αποθέματος άγαθών ή εμπορευμάτων ανηρόντων εις την επιχείρησιν αποκλειστικώς προς τόν σκοπόν άποθήκευσεως, έκθέσεως ή παράδοσεως.
  - την διατήρησιν αποθέματος άγαθών ή εμπορευμάτων ανηρόντων εις την επιχείρησιν αποκλειστικώς προς τόν σκοπόν επεξεργασίας ύπό έτέρως επιχείρησεως.
  - την διατήρησιν καθορισμένης επγγελματικής εγκαταστάσεως αποκλειστικώς προς τόν σκοπόν άγοράς άγαθών ή εμπορευμάτων ή συγκεντρώσεως πληροφοριών διά την επιχείρησιν.
  - την διατήρησιν καθορισμένης επγγελματικής εγκαταστάσεως αποκλειστικώς προς τόν σκοπόν διαφημίσεως, παραχής πληροφοριών, επιστημονικής έρευνής ή παρομοίων ενεργειών αί όποιαί έχουν προπαρασκευαστικόν ή επιβοηθητικόν χαρακτήρα διά την επιχείρησιν.
- (δ) Πρόσωπον ενεργοϋν, εις έν έν τών Συμβαλλομένων Κρατών, επ' όνόματι επιχείρησεώς τινος του έτέρου Συμβαλλομένου Κράτους — πλην πράκτορος ανεξαρτήτου επ' ού έφαρμόζεται τó έδαφιον ε' — θα θεωρηται ώς έχον μόνιμον εγκατάστασιν εις τó πρώτον Κράτος, τó αναφερόμενον έν τώ παρόντι έδαφίω, εάν έχη έξουσιοδότησιν και συνήθως ένασκή ταύτην έν τώ έν λόγω Κράτει προς σύναψιν συμβάσεως επ' όνόματι της επιχείρησεως, εκτός εάν ή δράσις του περιορίζεται εις την άγοράν άγα-

royalties in respect of cinematograph films.

7. (a) The term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.
- (b) A permanent establishment shall include especially:
- a place of management;
  - a branch;
  - an office;
  - a factory;
  - a workshop;
  - a mine, quarry or other place of extraction of natural resources;
  - a building site or construction or assembly project which exists for more than twelve months.
- (c) The term "permanent establishment" shall not be deemed to include:
- the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
  - the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
  - the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
  - the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;
  - the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.
- (d) A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State—other than an agent of an independent status to whom sub-paragraph (e) applies—shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of

daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(e) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(f) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

8. Der Ausdruck „Ruhegehalt“ bezeichnet regelmäßig wiederkehrende Vergütungen, die für frühere Dienstleistungen oder zum Ausgleich von Schäden gewährt werden.

9. Der Ausdruck „Rente“ bezeichnet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts zahlbar ist.

10. Der Ausdruck „zuständige Behörde“ bezeichnet auf seiten des Königreichs Griechenland das Finanzministerium, auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens in einem Vertragsstaat hat jeder Begriff, der in diesem Abkommen nicht bestimmt worden ist, dieselbe Bedeutung wie in den in diesem Staat geltenden Gesetzen, die sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen, falls der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

### Artikel III

(1) Gewerbliche Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen in dem anderen Staat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so können die Gewinne in dem ande-

rten die εμπορευμάτων δια την επιχείρησιν.

(ε) Ἐπιχειρήσεις ἐνός ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν θεωρεῖται ὡς ἔχουσα μόνιμον ἐγκατάστασιν εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος ἀπλῶς καὶ μόνον ἐπὶ τῷ λόγῳ ὅτι διεξάγει ἐργασίας εἰς τὸ ἕτερον τοῦτο Κράτος διὰ μεσίτου, γενικοῦ ἀντιπροσώπου ἐπὶ προμηθεία, ἢ ἄλλου ἀνεξαρτήτου πράκτορος, ἐφ' ὅσον οὗτοι ἐνεργοῦσιν ἐν τῷ πλαίσῳ τῆς συνήθους δραστηριότητός των.

(στ) Τὸ γεγονός ὅτι ἑταιρία τις εἶναι κάτοικος τοῦ ἐνός ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ ἐλέγχεται ἢ ἐλέγχεται ὑπὸ ἑταιρίας, ἥτις εἶναι κάτοικος τοῦ ἑτέρου Συμβαλλόμενου Κράτους ἢ διεξάγει ἐργασίας ἐντός τοῦ ἑτέρου τοῦτου Κράτους (εἴτε διὰ μόνιμου ἐγκαταστάσεως εἴτε κατ' ἄλλον τρόπον) δὲν θὰ καθιστᾷ καθ' ἑαυτὴν, ἐκτὸν τῶν ἑταιριῶν μόνιμον ἐγκατάστασιν τῆς ἄλλης.

8. Ὁ ὅρος „σύνταξις“ σημαίνει περιοδικὰ πληρωμάς, αἵτινες γίνονται διὰ παρασχεθείσας ὑπηρεσίας ἢ ὡς ἀποζημίωσις διὰ προξενηθείσας βλάβας.

9. Ὁ ὅρος „περιοδικὴ παροχὴ“ σημαίνει καθωρισμένον ποσὸν καταβλητέον περιοδικῶς εἰς καθωρισμένα χρονικὰ διαστήματα ἰσοβίως ἢ κατὰ τὴν διάρκειαν καθωρισμένου ἢ δυναμένου νὰ ἐξακριβωθῆ χρονικοῦ διαστήματος.

10. Ὁ ὅρος „ἀρμόδιαι ἀρχαὶ“ σημαίνει εἰς τὴν περίπτωσιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος τὸ Ὑπουργεῖον Οἰκονομικῶν καὶ εἰς τὴν περίπτωσιν τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας τὸν Ὁμοσπονδιακὸν Ὑπουργὸν τῶν Οἰκονομικῶν.

(2) Ἐν τῇ ἐφαρμογῇ τῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας ὑπὸ ἐνός τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν πᾶς ὅρος μὴ καθοριζόμενος κατ' ἄλλον τρόπον ἐν τῇ παρούσῃ συμφωνίᾳ θεωρεῖται, ἐκτὸς ἐὰν ἄλλως τὸ κείμενον ὁρίζῃ, ὡς ἔχων τὴν ἔννοιαν ἣν ἔχει κατὰ τοὺς ἰσχύοντας Νόμους ἐν τῷ ἐν λόγῳ Κράτει ἐν σχέσει πρὸς τοὺς φόρους τοὺς ἀποτελοῦντας τὸ ἀντικείμενον τῆς παρούσης συμφωνίας.

### Άρθρον III

(1) Τὰ βιομηχανικὰ ἢ ἐμπορικὰ κέρδη ἐπιχειρήσεως ἐνός τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ φορολογῶνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τοῦτω ἐκτός ἐὰν ἢ ἐπιχειρήσις διεξάγῃ, ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν ἐν τῷ ἑτέρῳ Κράτει μέσῳ μόνιμου ἐν αὐτῷ ἐγκαταστάσεως. Ἐὰν διεξάγῃ ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν ἐν τῷ ἑτέρῳ τοῦτω Κράτει διὰ μόνιμου ἐν αὐτῷ ἐγκαταστάσεως, δύνανται νὰ ἐπιβληθῇ φόρος ἐπὶ τῶν ἐν λόγῳ κερδῶν ἐν τῷ ἑτέρῳ Κράτει, ἀλλὰ μόνον ἐπὶ τῶν κερδῶν τῶν προερχομένων ἐκ τῆς

goods or merchandise for the enterprise.

(e) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

(f) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

8. The term "pension" means periodic payments made in consideration of services rendered or by way of compensation for injuries received.

9. The term "annuity" means a stated sum payable periodically at stated times during life or during a specified or ascertainable period of time.

10. The term "competent authorities" means in the case of the Kingdom of Greece, the Ministry of Finance, and in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance.

(2) In the application of the provisions of this Agreement in a Contracting State any term not otherwise defined in this Agreement, shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws in force in that State relating to the taxes which are the subject of this Agreement.

### Article III

(1) The industrial or commercial profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If it carries on a trade or business in that other State through a permanent establishment situated therein, tax may be imposed on those profits in the other



ren Staate besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Ubt ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind dieser Betriebsstätte die gewerblichen Gewinne zuzurechnen, die sie in diesem anderen Staate als unabhängiges Unternehmen mit gleicher oder ähnlicher Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen und unabhängig von dem Unternehmen hätte erzielen können, dessen Betriebsstätte sie ist.

(3) Bei der Ermittlung der gewerblichen Gewinne einer Betriebsstätte können alle der Betriebsstätte billigerweise zuzurechnenden Ausgaben einschließlich der anteiligen Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten abgezogen werden.

(4) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates dürfen einer in dem anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte nicht schon deshalb zugerechnet werden, weil das Unternehmen in diesem anderen Staate Güter oder Waren erwirbt.

(5) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als hindere er einen Vertragsstaat, die aus Quellen innerhalb seines Hoheitsgebietes einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person zufließenden Einkünfte (z. B. Dividenden, Mieten) nach Maßgabe dieses Abkommens zu besteuern, wenn diese Einkünfte keiner in dem erstgenannten Staate gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind.

(6) Absatz 1 gilt entsprechend für die nicht nach dem Gewerbeertrag berechnete Gewerbesteuer.

Artikel IV

Wenn

(a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder

(b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen

μονίμου τούτου της εγκαταστάσεως.

(2) 'Εάν επιχείρησης ενός εκ των Συμβαλλομένων Κρατών διεξάγη εμπόριον ή εργασία εν τῷ ἐτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει διὰ μονίμου ἐν αὐτῷ εγκαταστάσεως ἢ θεωροῦνται ὅτι ἀνήκουν εἰς τὴν μόνιμον εγκατάστασιν τὰ βιομηχανικὰ ἢ ἐμπορικὰ κέρδη, ἅτινα ὑπολογίζεται ὅτι ἢ ἀπραγματοποιεῖ εἰς τὸ ἕτερον τοῦτο Κράτος ἐάν ἦτο ἀνεξάρτητος ἐπιχείρησης ἀσχινομένη μετ' αὐτὴν ἢ παρομοίαν δραστηριότητα ὑπὸ τὰς αὐτὰς ἢ παρομοίας συνθήκας καὶ ἐνεργοῦσα τελείως ἀνεξαρτήτως ἀπὸ τῆς ἐπιχειρήσεως τῆς ὁποίας ἀποτελεῖ μόνιμον εγκατάστασιν.

(3) Κατὰ τὸν καθορισμὸν τῶν βιομηχανικῶν ἢ ἐμπορικῶν κερδῶν μὴς μόνιμου εγκαταστάσεως ἢ ἐκπίπτουσι πάντα τὰ εὐλόγως ἀνήκοντα εἰς τὴν μόνιμον εγκατάστασιν ἐξόδα, περιλαμβανομένων καὶ τῶν ἀνηκόντων αὐτῇ διοικητικῶν καὶ διαχειριστικῶν ἐν γένει ἐξόδων.

(4) Οὐδὲν τμήμα οἰωνόηποτε κερδῶν κτωμένων ὑπὸ ἐπιχειρήσεως ἑνὸς εκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν θεωρεῖται ὅτι ἀνήκει εἰς μόνιμον εγκατάστασιν εὐρισκομένην ἐν τῷ ἐτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει ἀπλῶς καὶ μόνον λόγῳ ἀγορᾶς ἀγαθῶν ἢ ἐμπορευμάτων ἐν τῷ ἐτέρῳ Κράτει ὑπὸ τῆς ἐπιχειρήσεως.

(5) 'Ἢ παράγραφος 1 δὲν ἔχει τὴν ἔννοιαν παρεμποδίσεως ἑνὸς εκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκ τῆς ἐπιβολῆς συμφώνως πρὸς τὴν παρούσαν συμφωνίαν, φόρου ἐπὶ τοῦ εισοδήματος (π.χ. μερισμάτων, ἐνοικίων) προσερχομένου ἐκ πηγῶν εὐρισκομένων ἐντὸς τοῦ ἐδάφους τοῦ καὶ κτωμένου ὑπὸ κατοικοῦ τοῦ ἐτέρου Συμβαλλομένου Κράτους ἐάν τὸ τοιοῦτον εισόδημα δὲν ἀνήκει εἰς μόνιμον εγκατάστασιν εὐρισκομένην εἰς τὸ πρῶτον μνημονευθὲν Κράτος.

(6) 'Ἢ παράγραφος 1 ἐφαρμόζεται ὁμοίως καὶ ἐπὶ τοῦ φόρου ἐπιτηδεύματος (TRADE TAX) τοῦ ὑπολογιζομένου ἐπὶ βάσεως διαφόρου ἐκείνης τῶν βιομηχανικῶν καὶ ἐμπορικῶν κερδῶν.

Ἄρθρον IV

'Εάν:

(α) ἡ ἐπιχείρησης ἑνὸς εκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν μετῆχι ἀμέσως ἢ ἐμμέσως εἰς τὴν διοίκησιν, ἐλεγχον ἢ τὸ κερφάλιον ἐπιχειρήσεώς τινος τοῦ ἐτέρου Συμβαλλομένου Κράτους ἢ

(β) τὰ αὐτὰ πρόσωπα μετέχουν ἀμέσως ἢ ἐμμέσως εἰς τὴν διοίκησιν ἐλεγχον ἢ κερφάλιον ἐπιχειρήσεως ἑνὸς εκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ ἐπιχειρήσεως τοῦ ἐτέρου Συμβαλλομένου Κράτους, καὶ εἰς ἑκάτερον τῶν περιπτώσεων τίθενται ἢ ἐπιβάλλονται μεταξὺ τῶν δύο ἐπιχειρήσεων εἰς τὰς ἐμπορικὰς ἢ οἰκονομικὰς τῶν σχέσεις συνθήκαι διάφοροι ἐκείνων, αἵτινες ἢ ἀφίσταντο μεταξὺ ἀνεξαρτήτων ἐπιχειρήσεων, τότε πᾶν κέρδος τὸ ὁποῖον, ἐάν δὲν ὑπῆρχον οἱ ἕροι οὔτοι ἢ ἀπραγματοποιήτο ὑπὸ μὴς εκ των

State but only on so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall be attributed to the permanent establishment the industrial or commercial profits which it might be expected to derive in that other State if it were an independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing at arm's length with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining industrial or commercial profits of a permanent establishment there shall be allowed as deductions all expenses reasonably allocable to the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so allocable.

(4) No portion of any profits arising to an enterprise of a Contracting State shall be attributed to a permanent establishment situated in the other Contracting State by reason of the mere purchase of goods or merchandise within that other State by the enterprise.

(5) Paragraph (1) shall not be construed as preventing a Contracting State from imposing pursuant to this Agreement a tax on income (e.g. dividends, rents) derived from sources within its territory by a resident of the other Contracting State if such income is not attributable to a permanent establishment in the first-mentioned State.

(6) Paragraph (1) shall likewise apply in respect of the Gewerbesteuer (trade tax) computed on a basis other than industrial and commercial profits.

Article IV

Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and, in either case, conditions are made or imposed between the two enterprises, in their commercial or financial relations, which differ from those which would be made between

abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

#### Artikel V

(1) Gewinne, die eine im Königreich Griechenland ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr bezieht, deren Registerhafen sich im Königreich Griechenland befindet, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr, die einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person aus einem Unternehmen mit Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland zufließen, können nur in diesem Staate besteuert werden.

(3) Gewinne aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für Beteiligungen von Luftfahrtunternehmen an einem Pool oder einer Betriebsgemeinschaft.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend für die nicht nach dem Gewerbeertrag berechnete Gewerbesteuer.

#### Artikel VI

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staate besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende

ἐπιχειρήσεων, αλλά, λόγω των όρων τούτων δεν επεπραγματοποιήθη, δύναται να περιληφθή εις τα κέρδη της επιχείρησης εκείνης και να φορολογηθή ανάλογως.

#### Άρθρον V

(1) Κέρδη άτινα κάτοικος του Βασιλείου της Ελλάδος κτήται εκ της εκμεταλλεύσεως πλοίων εις διεθνείς μεταφοράς, των οποίων ο λιμήν νηολογήσεως εφύρισκεται εν Ελλάδι φορολογούνται μόνον εις τὸ Κράτος τούτου.

(2) Κέρδη εκ της εκμεταλλεύσεως πλοίων εις διεθνείς μεταφοράς περιεχομένη εις κάτοικον της Ομοσπονδου Δημοκρατίας της Γερμανίας εξ επιχειρήσεως διευθυνομένης και ελεγχόμενης εν τη Ομοσπονδω Δημοκρατία της Γερμανίας φορολογούνται μόνον εν τῷ Κράτει τούτῳ.

(3) Κέρδη εκ της εκμεταλλεύσεως αεροσκαφών εις διεθνείς μεταφοράς φορολογούνται μόνον εν τῷ Συμβαλλομένῳ Κράτει εν τῷ ὁποίῳ εφύρισκεται ἡ πραγματικὴ διεύθυνσις των ἐργασιῶν της επιχείρησης.

(4) Ἡ παράγραφος 3 ἐφαρμόζεται ὁμοίως και ἐπὶ συμμετοχῶν εις κοινοπραξίας (POOLS) οἰασδήποτε φύσεως εκ μέρους επιχειρήσεων ἀσχολουμένων εις ἀνεκρίτως μεταφοράς.

(5) Αἱ παράγραφοι (1), (2) και (3) ἐφαρμόζονται ὁμοίως και ἐπὶ τοῦ φόρου ἐπιτεδευματος (TRADE TAX) ὑπολογιζομένου ἐπὶ βάσεως διαφορου εκείνης της των βιομηχανικῶν και ἐμπορικῶν κερδῶν.

#### Άρθρον VI

(1) Μερίσματα καταβαλλόμενα ὑπὸ εταιρίας κατοίκου ενός εκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν εις κάτοικον τοῦ ἑτέρου Συμβαλλομένου Κράτους δύνανται να φορολογηθοῦν εις τὸ ἕτερον τούτο Κράτος.

(2) Ἐν τούτοις τοιαῦτα μερίσματα δύνανται να φορολογηθοῦν εν τῷ Συμβαλλομένῳ Κράτει εις ὃ εἶναι κάτοικος ἡ καταβάλλουσα τὰ μερίσματα εταιρία συμφώνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν τοῦ εν λόγω Κράτους, αλλά ὃ σῶτω ἐπιβαλλόμενος φόρος δέον να μὴ ὑπερβαίνει τὸ 25% τοῦ ἀκαθάρστου πησοῦ των μερισμάτων.

Ἡ παρῶσα παράγραφος δὲν ἐπιρεάζει τὴν φορολογίαν της εταιρίας εν σχέσει πρὸς τὰ κέρδη εξ ὧν καταβάλλονται τὰ μερίσματα.

(3) Ὁ ὅρος „μερίσματα“ ὡς χρησιμοποιεῖται εν τῷ παρόντι ἄρθρῳ σημαίνει τὰ εισοδήματα εκ μετοχῶν, μετοχῶν „ἐπικερπίας“ ἢ δικαιωμάτων „ἐπικερπίας“, μετοχῶν μεταλλείων, ἰδρυτικῶν τίτλων ἢ ἑτέρων δικαιωμάτων, μὴ θεωρουμένων ὡς ἀποτελούντων ἀπαιτήσεις, εκ γρεσῶν διὰ συμμετοχῆν εις κέρδη, ὡς και εισόδημα εξ εταιρικῶν δικαιωμάτων ἐξομοιουμένων πρὸς τὸ εκ μετοχῶν εισόδημα, δύναμει της φορολογικῆς νομοθε-

independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

#### Article V

(1) Profits which a resident of the Kingdom of Greece derives from operating ships in international traffic whose port of registry is in the Kingdom of Greece shall be taxable only in that State.

(2) Profits from the operation of ships in international traffic accruing to a resident of the Federal Republic of Germany from an enterprise which is managed and controlled in the Federal Republic of Germany shall be taxable only in that State.

(3) Profits from the operation of aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Paragraph (3) shall likewise apply in respect of participations in pools of any kind by enterprises engaged in airtransport.

(5) Paragraphs (1), (2) and (3) shall likewise apply in respect of the Gewerbesteuer (trade tax) computed on a basis other than industrial and commercial profits.

#### Article VI

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 25 per cent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution

Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind; er umfaßt im Fall der Bundesrepublik Deutschland Ausschüttungen auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften und Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist und die Dividenden dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

#### Artikel VII

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staate besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Zinsen, die aus dem Königreich Griechenland stammen und an die Deutsche Bundesbank oder die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau gezahlt werden, sind von der griechischen Steuer befreit. Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Bank von Griechenland gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrecht an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist und die Zinsen dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staate ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem

στάτος του κράτους ἐν τῷ ὁποίῳ εἶναι κάτοικος ἢ ἐνεργοῦσα τὴν διανομὴν ἐταιρία, εἰς δὲ τὴν περίπτωσιν τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας θὰ συμπεριλαμβανῶνται διανομαὶ ἐπὶ πιστοποιητικῶν διὰ τράστ ἐπενδύσεων ὡς καὶ εἰσόδημα κτώμενον ὑπὸ ἑτερορρυθμίου ἐταίρου ἐκ τῆς συμμετοχῆς του ὡς τοιούτου.

(4) Αἱ παράγραφοι (1) καὶ (2) δὲν ἐφαρμόζονται εἰς περίπτωσιν καθ' ἣν κάτοικος ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν διεξάγει ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν ἐν τῷ ἑτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει διὰ μονίμου ἐν αὐτῷ ἐγκαταστάσεως, τὰ δὲ μερίσματα προέρχονται ἐκ τῆς μονίμου ταύτης ἐγκαταστάσεως. Εἰς τὴν περίπτωσιν ταύτην ἐφαρμόζεται τὸ ἄρθρον III τῆς παρούσης συμφωνίας.

#### Ἄρθρον VII

(1) Τόκοι προκύπτοντες εἰς ἐν τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ καταβαλλόμενοι εἰς κάτοικον τοῦ ἑτέρου Συμβαλλομένου Κράτους δύνανται νὰ φορολογηθῶν εἰς τὸ ἕτερον τοῦτο Κράτος.

(2) Ἐν τούτοις, τοιοῦτοι τόκοι δύνανται νὰ φορολογηθῶν ἐν τῷ Συμβαλλομένῳ Κράτει ἐν τῷ ὁποίῳ οὗτοι προκύπτουσι, συμφώνως πρὸς τὸν νόμον τοῦ Κράτους τούτου, ἀλλὰ ὁ οὗτος ἐπιβαλλόμενος φόρος δὲν θὰ υπερβαίνει τὸ 10% τοῦ ποσῶ τῶν τόκων.

(3) Τόκοι προκύπτοντες ἐν τῷ Βασιλείῳ τῆς Ἑλλάδος καὶ καταβαλλόμενοι εἰς τὴν DEUTSCHE BUNDESBANK ἢ εἰς τὴν KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU ἐν τῇ Ὁμοσπονδίᾳ Δημοκρατίᾳ τῆς Γερμανίας ἀπαλλάσσονται τοῦ Ἑλληνικοῦ φόρου. Τόκοι προκύπτοντες ἐν τῇ Ὁμοσπονδίᾳ Δημοκρατίᾳ τῆς Γερμανίας καὶ καταβαλλόμενοι εἰς τὴν Τράπεζαν τῆς Ἑλλάδος ἀπαλλάσσονται τοῦ φόρου τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας.

(4) Ὁ ὅρος „τόκοι“, ὡς χρησιμοποιεῖται ἐν τῷ παρόντι ἄρθρῳ, σημαίνει εἰσόδημα ἐκ κρατικῶν χρεωγράφων, ὁμολογιῶν ἢ χρεωστικῶν τίτλων, ἀνεξαρτήτως ἐὰν οὗτοι ἐξασφαλίζωνται ἢ οὐ δι' ὑποθήκης ἢ ἐχόντων ἢ μὴ δικαίωμα συμμετοχῆς εἰς κέρδη, καὶ ἀπαιτήσεις ἐκ χρεῶν οἰασθῆποτε φύσεως ὡς καὶ πᾶν ἕτερον εἰσόδημα ἐξομοιούμενον πρὸς εἰσόδημα ἐκ δανεισθέντων χρημάτων συμφώνως πρὸς τὴν φορολογικὴν νομοθεσίαν τοῦ Κράτους ἐν τῷ ὁποίῳ προκύπτει τὸ εἰσόδημα.

(5) Αἱ παράγραφοι (1) καὶ (2) δὲν ἐφαρμόζονται ὡς καὶ κάτοικος τοῦ ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν διεξάγει ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος διὰ μονίμου ἐν αὐτῷ ἐγκαταστάσεως καὶ οἱ ἐν λόγῳ τόκοι προέρχονται ἐκ τῆς ὡς ἦνω μονίμου ἐγκαταστάσεως. Εἰς τὴν περίπτωσιν ταύτην ἐφαρμόζεται τὸ ἄρθρον III τῆς παρούσης συμφωνίας.

(6) Τόκοι θεωροῦνται προκύπτοντες εἰς ἐν τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐὰν ὁ καταβάλλων εἶναι αὐτὸ τοῦτο τὸ Κράτος, πολιτικὴ ὑποδιείρεσις, τοπικὴ ἀρχὴ ἢ κάτοικος τοῦ Κράτους τούτου. Ἐὰν ὅμως ὁ καταβάλλων τοὺς τόκους, εἴτε οὗτος εἶναι κάτοικος ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν, ἢ οὐ, ἔχει ἐν ἐνὶ τῶν Συμ-

is a resident, and shall include in the case of the Federal Republic of Germany distributions on investment trust certificates and income derived by a sleeping partner from his participation as such.

(4) Paragraphs (1) and (2) shall not apply where a resident of a Contracting State carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and such dividends are attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Agreement is applicable.

#### Article VII

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the amount of the interest.

(3) Interest arising in the Kingdom of Greece and paid to the Deutsche Bundesbank or to the Kreditanstalt für Wiederaufbau in the Federal Republic of Germany shall be exempt from Greek tax. Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Bank of Greece shall be exempt from Federal Republic tax.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from Government securities, bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and debt-claims of every kind as well as all other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the State in which the income arises.

(5) Paragraphs (1) and (2) shall not apply where a resident of a Contracting State carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and such interest is attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Agreement is applicable.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Con-

Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszuulegen, als schränke er Befreiungen, Abzüge oder sonstige Vergünstigungen ein, die nach dem Recht des Königreichs Griechenland jetzt oder künftig bei der Festsetzung der griechischen Steuer von den Zinsen gewährt werden, die aus dem Königreich Griechenland stammen und an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gezahlt werden.

#### Artikel VIII

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staate besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn eine in einem Vertragstaat ansässige Person in dem anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung gewerblich tätig ist oder einen freien Beruf oder eine sonstige selbständige Tätigkeit ausübt und die Lizenzgebühren dieser Betriebsstätte oder festen

βαλλομένων Κρατών μόνιμον εγκατάστασιν ἐν σχέσει πρὸς τὴν ὁποίαν συνήφθη ἢ ὀφείλη ἐφ' ἧς καταβάλλονται οἱ τόκοι, οἱ τόκοι δὲ οὗτοι βαρύνουν τὴν μόνιμον αὐτὴν εγκατάστασιν, τότε οἱ ἐν λόγω τόκοι θεωροῦνται προκύπτοντες εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος εἰς ὃ εὐρίσκειται ἡ μόνιμος εγκατάστασις.

(7) Εἰς τὴν περίπτωσιν, λόγω εἰδικῆς σχέσεως μεταξύ τοῦ καταβάλλοντος καὶ τοῦ δικαιούγου ἢ μεταξύ ἀμοιτέρων τούτων καὶ ἄλλου τινὸς προσώπου, τὸ ποσὸν τῶν καταβαλλομένων τόκων τῶν ἀφορώντων εἰς τὴν ἀπαίτησιν ἐκ χρέους διὰ τὴν ὁποίαν καταβάλλονται, ὑπερβαίνει τὸ ποσὸν τὸ ὁποῖον θὰ συμφωνεῖτο μεταξύ ὀφειλέτου καὶ δικαιούγου ἐλλείψει τισιούτης σχέσεως, αἱ διατάξεις τοῦ παρόντος ἄρθρου θὰ ἐφαρμόζονται μόνον ἐπὶ τοῦ τελευταίου μνημονευθέντος ποσοῦ. Ἐν τῇ περιπτώσει αὕτη τὸ ὑπερβάλλον μέρος τοῦ τόκου θὰ φορολογητῆαι συμφώνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν ἐκάστου Συμβαλλομένου Κράτους, λαμβανομένων δεόντως ὑπ' ὄψιν τῶν λοιπῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας.

(8) Τὸ παρὸν ἄρθρον δὲν δύναται νὰ ἐρμηνευθῆι ὅτι περιορίζει ἀπαλλαγὴν τινὰ, μείωσιν ἢ ἄλλην ἐπιπτώσιν παραχωρηθεῖσαν ἤδη ἢ παραχωρηθησομένην ὑπὸ τῶν νόμων τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος κατὰ τὸν καθορισμὸν τοῦ Ἑλληνικοῦ φόρου ἐπὶ τόκων προκύπτοντων ἐν τῷ Βασιλείῳ τῆς Ἑλλάδος καὶ καταβαλλομένων εἰς κάποιον τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας.

#### Άρθρον VIII

(1) Δικαιώματα προκύπτοντα ἐντὸς ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ καταβαλλόμενα εἰς κάποιον τοῦ ἐτέρου Συμβαλλομένου Κράτους θὰ φορολογουῦνται μόνον ἐν τῷ ἐτέρῳ τούτῳ Κράτει.

(2) Ὁ ὅρος „δικαιώματα“, ὡς χρησιμοποιεῖται ἐν τῷ ἄρθρῳ τούτῳ, σημαίνει πληρωμὰς πάσης φύσεως γενομένας ἐναντι χρήσεως ἢ δικαιώματος χρήσεως συγγραφικοῦ δικαιώματος φιλολογικῆς, καλλιτεχνικῆς ἢ επιστημονικῆς ἐργασίας, εὑρεσιτεχνίας, ἐμπορικοῦ σήματος, σχεδίου ἢ τύπου, μηχανικοῦ σχεδίου, μυστικοῦ τύπου ἢ διαδικασίας παραγωγῆς ἢ διὰ τὴν χρῆσιν ἢ δικαιώματος χρήσεως βιομηχανικοῦ, ἐμπορικοῦ ἢ επιστημονικοῦ ἐξοπλισμοῦ ἢ διὰ πληροφορίας ἀφορώσας βιομηχανικὴν, ἐμπορικὴν ἢ επιστημονικὴν ἐμπειρίαν.

(3) Ἡ παράγραφος (1) δὲν ἐφαρμόζεται ὡςἀκις κάποιος τοῦ ἐνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν διεξάγει ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν, ἐπαγγελματικὰς ὑπηρεσίας ἢ ἄλλην τινὰ ἀνεξάρτητον δρασίαν εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος διὰ μόνιμον ἐν αὐτῷ εγκαταστάσεως ἢ καθωρισμένης βάσεως καὶ τὰ δικαιώματα καταλογίζονται εἰς τὴν μόνιμον αὐτὴν εγκατάστασιν ἢ καθωρισμένην βάση. Ἐν

tracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

(8) This Article shall not be construed to restrict any exemption, deduction or other allowance now or hereafter accorded, by the laws of the Kingdom of Greece, in the determination of Greek tax on interest arising in the Kingdom of Greece and paid to a resident of the Federal Republic of Germany.

#### Article VIII

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial, or scientific experience.

(3) Paragraph (1) shall not apply where a resident of a Contracting State carries on a trade or business, professional services, or any other independent activities in the other Contracting State through a permanent establishment or fixed base therein and the royalties are attributable to such permanent establishment or fixed

Einrichtung zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III oder Artikel XI anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel IX

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Verkauf, der Übertragung oder dem Tausch von Vermögenswerten aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaates bezieht, können nur in dem erstgenannten Staate besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist und die Gewinne dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

#### Artikel X

(1) Vergütungen, die aus öffentlichen Kassen des Königreichs Griechenland oder einer seiner Gebietskörperschaften für gegenwärtig erbrachte Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß die Zahlung an einen deutschen Staatsangehörigen geleistet wird, der nicht zugleich Staatsangehöriger des Königreichs Griechenland ist.

(2) Vergütungen, die aus öffentlichen Kassen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder deren Gebietskörperschaften für gegenwärtig erbrachte Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß die Zahlung an einen Staatsangehörigen des Königreichs Griechenland geleistet wird, der nicht zugleich deutscher Staatsangehöriger ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht auf Vergütungen für Dienste anzuwenden, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften stehen.

τοιαύτη περίπτωσηε εφαρμόζεται τὸ ἄρθρον III ἢ XI τῆς παρούσης συμφωνίας.

(4) Εἰς τὴν περίπτωσιν λόγῳ εἰδικῆς σχέσεως μεταξύ τοῦ καταβάλλοντος καὶ τοῦ λαμβάνοντος ἢ μεταξύ ἀμφοτέρων τούτων καὶ ἄλλου τινὸς προσώπου, τὸ ποσὸν τῶν καταβαλλομένων δικαιωμάτων λαμβανομένης ὑπ' ὄψιν τῆς χρήσεως, δικαιώματος ἢ πληροφοριῶν διὰ τὰ ὅποια καταβάλλονται, ὑπερβαίνει τὸ ποσὸν τὸ ὅποῖον ἤθελε συμφωνηθῆ μεταξύ τοῦ καταβάλλοντος καὶ τοῦ λαμβάνοντος ἐὰν δὲν ὑπῆρχεν ἢ ἐν λόγῳ σχέσεις αἱ διατάξεις τοῦ παρόντος ἄρθρου εφαρμόζονται μόνον ἐπὶ τοῦ τελευταίου μνημονευθέντος ποσοῦ. Εἰς τὴν περίπτωσιν ταύτην, τὸ ὑπερβάλλον μέρος τῶν πληρωμῶν θὰ φορολογηθῆ συμφώνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν ἐκάστου Συμβαλλομένου Κράτους λαμβανομένων δεόντως ὑπ' ὄψει τῶν λοιπῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας.

#### Ἄρθρον IX

(1) Κέρδη ἐκ τῆς πώλησεως, μεταβίβασεως ἢ ἀνταλλαγῆς παγίου κεφαλαίου κτώμενα ὑπὸ κατοίκου ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ προερχόμενα ἐκ πηγῶν ἐν τῷ ἑτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει, θὰ φορολογουῦνται μόνον ἐν τῷ πρώτῳ μνημονευθέντι Κράτει.

(2) Ἡ παράγραφος (1) δὲν εφαρμόζεται ὁσῆκτις κάτοικος ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν διεξάγει ἐμπόριον ἢ ἐργασίαν εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος μέσῳ μονίμου ἐν αὐτῷ ἐγκαταστάσεως καὶ τὰ τοιαῦτα κέρδη προέρχονται ἐκ τῆς μονίμου ταύτης ἐγκαταστάσεως. Ἐν τοιαύτῃ περιπτώσει εφαρμόζεται τὸ ἄρθρον III τῆς παρούσης συμφωνίας.

#### Ἄρθρον X

(1) Ἀμοιβὰ καταβαλλόμενα ὑπὸ τοῦ Δημοσίου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἢ οἰασθῆποτε ἐν γένει πολιτικῆς ὑποδιαιρέσεως αὐτοῦ διὰ παρούσας ὑπηρεσίας θὰ φορολογουῦνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ, ἐκτὸς ἐὰν ἢ πληρωμὴ γίνεται εἰς Γερμανὸν ὑπήκοον, ὅστις δὲν τυγχάνει ἐπίσης ὑπήκοος τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

(2) Ἀμοιβὰ καταβαλλόμενα ὑπὸ τοῦ Δημοσίου τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ἢ τῶν χωρῶν αὐτῆς ἢ τῶν πολιτικῶν ὑποδιαιρέσεων αὐτῶν διὰ παρούσας ὑπηρεσίας θὰ φορολογουῦνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ ἐκτὸς ἐὰν ἢ πληρωμὴ γίνεται εἰς ὑπήκοον τοῦ Βασιλείου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ὅστις δὲν εἶναι ἐπίσης Γερμανὸς ὑπήκοος.

(3) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων (1) καὶ (2) δὲν εφαρμόζονται ἐπὶ ἀμοιβῶν ἐνκντι ὑπηρεσιῶν συνδεομένων πρὸς οἰασθῆποτε ἐμπορικὴν ἐπιχείρησιν ἢ ἐργασίαν διεξαγομένην εἰς ἑκάτερον τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ τῶν πολιτικῶν αὐτῶν ὑποδιαιρέσεων ἐπὶ σκοπῷ κέρδους.

base; in such event Article III or XI of this Agreement is applicable.

(4) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

#### Article IX

(1) Gains from the sale, transfer or exchange of capital assets derived by a resident of a Contracting State from sources within the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State.

(2) Paragraph (1) shall not apply where a resident of a Contracting State carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and such gains are attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Agreement shall be applicable.

#### Article X

(1) Remuneration in respect of present services paid out of public funds of the Kingdom of Greece or any political sub-division thereof shall be taxable only in that State unless the payment is made to a German national who is not also a national of the Kingdom of Greece.

(2) Remuneration in respect of present services paid out of public funds of the Federal Republic of Germany or its Länder or political sub-divisions thereof shall be taxable only in that State unless the payment is made to a national of the Kingdom of Greece who is not also a German national.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply to remunerations in respect of services in connection with any trade or business carried on by either of the Contracting States or political sub-divisions thereof for purposes of profit.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Vergütungen, welche die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sowie die entsprechenden Organisationen des Königreichs Griechenland zahlen.

#### Artikel XI

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so kann der Teil der Einkünfte, der dieser Einrichtung zuzurechnen ist, in diesem anderen Staate besteuert werden. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler, aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staate besteuert werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staate besteuert werden, wenn

- der Empfänger sich in dem anderen Staate insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält,
- die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staate ansässig ist, und
- die Vergütungen nicht vom Gewinn einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung abgezogen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staate hat.

(4) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Ver-

(4) Αι διατάξεις τῶν παραγράφων (1) καὶ (2) ἐφαρμόζονται ὡσαύτως καὶ ἐπὶ ἀμοιβῶν καταβαλλομένων ὑπὸ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Τραπεζῆς, τῶν Ὁμοσπονδιακῶν Σιδηροδρόμων καὶ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Ταχυδρομικῆς Ὑπηρεσίας ὡς καὶ τῶν ἀντιστοίχων Ὁργανισμῶν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

#### Ἄρθρον XI

(1) Εἰσόδημα κτώμενον ὑπὸ κατοίκου ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐναντι ἐπαγγελματικῶν ὑπηρεσιῶν ἢ ἑτέρας ἀνεξαρτήτου δραστηριότητος παρομοίας φύσεως, θὰ φορολογηθῆται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ, ἐκτὸς ἐὰν ἔχη εἰς τὴν διάθεσιν του κανονικῶς καθωρισμένην βᾶσιν εἰς ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος πρὸς τὸν σκοπὸν τῆς ἀσκήσεως τῆς δραστηριότητός του. Ἐὰν διαθέτῃ τοιαύτην καθωρισμένην βᾶσιν τὸ μέρος ἐκεῖνο τοῦ εἰσοδήματος τὸ προερχόμενον ἐκ τῆς καθωρισμένης βᾶσεως δύναται νὰ φορολογηθῆται ἐν τῷ ἑτέρῳ Κράτει. Ἀνεξαρτήτως τῶν διαλαμβανομένων εἰς τὰς προηγούμενας διατάξεις, εἰσόδημα κτώμενον ὑπὸ προσώπων παρεγόντων ὑπηρεσίας δημοσίας ψυχαγωγίας, ἢ τοὶ καλλιτεχνῶν θεάτρου, κινηματογράφου, ραδιοφώνου ἢ τηλεοράσεως καὶ ὑπὸ μουσικῶν καὶ ἀθλητῶν, ἐκ τῆς προσωπικῆς αὐτῶν δράσεως ὡς τοιαύτης, δύναται νὰ φορολογηθῆται ἐν τῷ Συμβαλλομένῳ Κράτει ὅπου διεξάγεται ἢ τοιαύτη δράσις.

(2) Μισθοί, ἡμερομίσθια καὶ ἄλλαι παρομοίας φύσεως ἀμοιβαὶ κτώμεναι ὑπὸ κατοίκου ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν δι' ἐμμισθον ἀπασχόλησιν θὰ φορολογηθῆται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ, ἐκτὸς ἐὰν ἢ ἀπασχόλησις ἀσκήσῃται εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος. Ἐὰν ἢ ἀπασχόλησις ἀσκήσῃται οὕτω, πᾶσα ἐξ αὐτῆς ἀπορρέουσα ἀποζημιώσις δύναται νὰ φορολογηθῆται εἰς τὸ ἕτερον τοῦτο Κράτος.

(3) Ἀνεξαρτήτως τῶν διατάξεων τῆς ἀνωτέρω παραγράφου (2) ἀποζημιώσεις κτώμεναι ὑπὸ κατοίκου ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν δι' ἐμμισθον ἀπασχόλησιν ἀσκουμένην ἐν τῷ ἑτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει θὰ φορολογηθῆται μόνον εἰς τὸ πρῶτον μνημονευθὲν Κράτος ἐὰν:

- ὁ λαμβάνων εὐρίσκειται εἰς τὸ ἕτερον τοῦτον Κράτος διὰ χρονικὴν περίοδον ἢ περιόδους μὴ ὑπερβαίνουσας συνολικῶς 183 ἡμέρας κατὰ τὸ οἰκείον φορολογικὸν ἔτος καὶ
- ἡ ἀποζημιώσις καταβάλλεται ὑπὸ ἢ διὰ λογαριασμῶν ἐργοδότη τοῦ ὁποῖου δὲν εἶναι κάτοικος τοῦ ἑτέρου τούτου Κράτους καὶ
- ἡ ἀποζημιώσις δὲν ἐκπίπτει ἐκ τῶν κερδῶν μονίμου ἐγκαταστάσεως ἢ καθωρισμένης βᾶσεως τὴν ὅποιαν ὁ ἐργοδότης διατηρεῖ ἐν τῷ ἑτέρῳ τούτῳ Κράτει.

(4) Ἀμοιβαὶ διευθυντῶν καὶ παρόμοιαι πληρωμαὶ κτώμεναι ὑπὸ κατοίκου ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ὑπὸ τὴν ιδιότητά του ὡς μέλους Διοικητικοῦ Συμβουλίου ἐταιρίας ἣτις εἶναι κάτοικος τοῦ ἑτέρου Συμβαλλομένου Κράτους, δύν-

(4) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall also apply to remuneration paid by the Deutsche Bundesbank, the Deutsche Bundesbahn and the Deutsche Bundespost and the corresponding organisations of the Kingdom of Greece.

#### Article XI

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base such part of that income as is attributable to that base may be taxed in that other State. Notwithstanding anything contained in the foregoing provisions income derived by public entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artists, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such may be taxed in the Contracting State in which these activities are exercised.

(2) Salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State, unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph (2) above, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State, if

- the recipient is present in that other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- the remuneration is paid by or on behalf of an employer who is not a resident of that other State, and
- the remuneration is not deducted from the profits of a permanent establishment or a fixed base which the employer has in that other State.

(4) Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of

waltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in diesem anderen Staate besteuert werden.

(5) Vergütungen für Dienstleistungen, die an Bord eines Seeschiffes im internationalen Verkehr erbracht werden, können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Registerhafen des Schiffes befindet.

(6) Vergütungen für Dienstleistungen, die an Bord eines Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr erbracht werden, können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das die betreffende Person beschäftigt.

Artikel XII

(1) Ruhegehälter und Renten (außer Ruhegehältern und Renten im Sinne der Absätze 2 und 3), die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaates bezieht, können nur in dem erstgenannten Staate besteuert werden.

(2) Ruhegehälter und Renten, die aus öffentlichen Kassen des Königreichs Griechenland oder einer seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden, können nur in diesem Staate besteuert werden.

(3) Ruhegehälter und Renten, die aus öffentlichen Kassen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder deren Gebietskörperschaften gezahlt werden, können nur in diesem Staate besteuert werden.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten auch für Ruhegehälter und Renten, die die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sowie die entsprechenden Organisationen des Königreichs Griechenland zahlen.

(5) Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts dieses Staates als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in diesem Staate besteuert werden.

Artikel XIII

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen bezieht, können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt

ναντζι νά φορολογηθούν έν τῷ ἑτέρῳ τούτῳ Κράτει.

(5) Ἀποζημιώσεις διά προσωπικάς ὑπηρεσίας παρεχομένης ἐπὶ πλοίου εἰς διεθνεῖς μεταφορὰς δύναται νά φορολογηθῆ εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος ἐν τῷ ὅποιῳ εὐρίσκεται ὁ λιμὴν νηολογήσεως τοῦ πλοίου.

(6) Ἀποζημιώσεις διά προσωπικάς ὑπηρεσίας παρεχομένης ἐπὶ ἀεροσκάφους εἰς διεθνεῖς μεταφορὰς δύναται νά φορολογηθῆ εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος ὅπου εὐρίσκεται ἡ πραγματικὴ διεύθυνσις τῶν ἐργασιῶν τῆς ἐπιχειρήσεως, ἥτις ἀπασχολεῖ τὰ παρέχοντα τὰς ὑπηρεσίας ταύτας πρόσωπα.

Ἄρθρον XII

(1) Πᾶσα σύνταξις καὶ πᾶσα περιοδικὴ παροχὴ (πλὴν τῶν ἀναφερομένων εἰς τὰς παραγράφους 2 καὶ 3 συντάξεων καὶ παροχῶν) κτώμεναι ὑπὸ κατοικοῦ ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκ πηγῶν ἐντὸς τοῦ ἑτέρου Συμβαλλομένου Κράτους φορολογοῦνται μόνον εἰς τὸ πρῶτον μνημονευθὲν Κράτος.

(2) Συντάξεις καὶ περιοδικαὶ παροχαὶ καταβαλλόμεναι ὑπὸ τοῦ Δημοσίου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἢ οἰκισθῆσθε ἐν γένει πολιτικῆς ὑποδιαιρέσεως αὐτοῦ θὰ φορολογοῦνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ.

(3) Συντάξεις καὶ περιοδικαὶ παροχαὶ καταβαλλόμεναι ὑπὸ τοῦ Δημοσίου τῆς Ὁμοσπονδίου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ἢ τῶν χωρῶν τῆς ἢ τῶν πολιτικῶν ὑποδιαιρέσεων αὐτῶν θὰ φορολογοῦνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ.

(4) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων (2) καὶ (3) ἐφαρμόζονται ἐπίσης ἐπὶ συντάξεων καὶ περιοδικῶν παροχῶν καταβαλλομένων ὑπὸ τῆς Ὁμοσπονδικῆς Τραπεζῆς, τῶν Ὁμοσπονδικῶν Σιδηροδρόμων καὶ τῆς Ὁμοσπονδικῆς Ταχυδρομικῆς Ὑπηρεσίας ὡς καὶ τῶν ἀντιστοιχῶν ὀργανισμῶν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

(5) Συντάξεις, περιοδικαὶ παροχαὶ καὶ ἄλλα ἐπαναλαμβανόμεναι ἢ μὴ ἀποζημιώσεις καταβαλλόμεναι ὑφ' ἐνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ ὑπὸ νομικοῦ προσώπου Δημοσίου Δικαίου ὡς ἀποζημιώσεις διά τραυματισμῶν ἢ βλάβην προσενηθεῖσαν λόγῳ ἐχθροπραξιῶν ἢ πολιτικοῦ διωγμοῦ θὰ φορολογοῦνται μόνον ἐν τῷ Κράτει τούτῳ.

Ἄρθρον XIII

(1) Εἰσόδημα κτώμενον ὑπὸ κατοικοῦ ἐνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἐξ ἀκίνητου ἰδιοκτησίας δύναται νά φορολογηθῆ εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος ὅπου εὐρίσκεται ἢ ἐν λόγῳ ἰδιοκτησίας.

(2) Ὁ ὅρος „ἀκίνητος ἰδιοκτησία“ θὰ προσδιορίζεται συμφῶνως πρὸς τοὺς νόμους τοῦ Συμβαλλομένου Κράτους ἐν τῷ ὅποιῳ εὐρίσκεται ἢ ἐν λόγῳ ἰδιοκτη-

the other Contracting State may be taxed in that other State.

(5) Remuneration for personal services performed aboard a ship in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the ship's port of registry is situated.

(6) Remuneration for personal services performed aboard an aircraft in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of the effective management of the enterprise is situated, which employs the person concerned.

Article XII

(1) Any pensions and any annuity (excluding any pension and annuity referred to in paragraphs (2) and (3)) derived by a resident of a Contracting State from sources within the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State.

(2) Pensions and annuities paid out of public funds of the Kingdom of Greece or any political sub-division thereof shall be taxable only in that State.

(3) Pensions and annuities paid out of public funds of the Federal Republic of Germany or its Länder or political sub-divisions thereof shall be taxable only in that State.

(4) The provisions of paragraphs (2) and (3) shall also apply to pensions and annuities paid by the Deutsche Bundesbank, the Deutsche Bundesbahn and the Deutsche Bundespost and the corresponding organisations of the Kingdom of Greece.

(5) Pensions, annuities and other recurring or non-recurring remuneration paid by a Contracting State or by any legal person organized under the public laws of that State as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or political persecution shall be taxable only in that State.

Article XIII

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term "immovable property" shall be defined in accordance with the laws of the Contracting State in which the property in question is

in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechtes über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens, einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen. Sie gelten ferner für Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen anderer als land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### Artikel XIV

Die Einkünfte, die Hochschullehrer aus einem der Vertragsstaaten als Vergütung für eine Lehr- oder Forschungstätigkeit an einer Universität in dem anderen Vertragsstaat während eines vorübergehenden Aufenthalts von höchstens zwei Jahren beziehen, werden in diesem anderen Staate nicht besteuert.

#### Artikel XV

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling aus einem der Vertragsstaaten, der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in diesem anderen Staate nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses anderen Staates zufließen.

#### Artikel XVI

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels XIII Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 kann Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaates darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Be-

situation. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment of agricultural and forestry enterprises, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) Die Absätze 1 und 2) gelten für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens, einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen. Sie gelten ferner für Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen anderer als land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### Άρθρον XIV

Εισοδήματα κτώμενων υπό καθήγητος εξ ενός εκ των Συμβαλλομένων Κρατών ως αποζημίωσης έναντι διδασκαλίας ή επιστημονικής εργασίας εις Πανεπιστήμιον κατά την διάρκεια προσωρινής παραμονής μη υπερβαίνουσας τὰ δύο έτη εν τῷ ἑτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει, δὲν θὰ φορολογηθῶσι εν τῷ ἑτέρῳ τούτῳ Κράτει.

#### Άρθρον XV

Χρηματικά ποσὰ τὰ ὑποῖα σπουδαστῆς ἢ μαθητευόμενος εις ἐπαγγελματικὴν προεργασίαν ἐξ ενός τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν κατὰ τὴν διάρκεια προσωρινῆς παραμονῆς μὴ ὑπερβαίνουσας τὰ δύο έτη εν τῷ ἑτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει ἀποκλειστικῶς καὶ μόνον διὰ τὸν σκοπὸν τῆς ἐκπαίδευσσῶς του ἢ ἐξασκήσεώς του, λαμβάνει διὰ τὴν συντήρησίν του, ἐκπαίδευσιν ἢ ἐξασκήσιν του, δὲν θὰ φορολογηθῶσι εις τὸ ἕτερον τούτου Κράτους, ἐφ' ὅσον τὰ ποσὰ ταῦτα καταβάλλονται εις αὐτὸν ἐκ πηγῶν εὐρισκομένων ἐκτὸς τῷ ἑτέρῳ τούτου Κράτους.

#### Άρθρον XVI

(1) Κεφάλαιον ἀποτελούμενον ἐξ ἀκινήτου ἰδιοκτησίας ὡς ὁρίζεται εν τῇ παραγράφῳ (2) τοῦ ἄρθρου XIII τῆς συμφωνίας δύνανται νὰ φορολογηθῶσι εις τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος εις τὸ ὁποῖον εὐρίσκεται ἢ εν λόγω ἰδιοκτησία.

(2) Τίτλοι τῶν δικαζέων τῆς παραγράφου (1), κεφάλαιον συνιστάμενον ἐκ παγίων στοιχείων ἀποτελούντων μέρος τῆς ἐπιχειρηματικῆς περιουσίας τῆς χρησιμοποιουμένης ἐν τινι μόνιμῳ ἐγκαταστάσει τῆς ἐπιχειρήσεως ἑνὸς ἐκ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ ἐκ παγίων στοιχείων ἀντικόντων εις καθωρισμένην βάση χρησιμοποιουμένην πρὸς ἕσκησιν

situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment of agricultural and forestry enterprises, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) above shall apply to income derived from the direct use or from the letting of immovable property or the use in any other form of such property, including income from agricultural or forestry enterprises. They shall likewise apply to profits from the alienation of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs (1) to (3) above shall also apply to the income from immovable property of any enterprises other than agricultural or forestry enterprises and to income from immovable property used for the performance of professional services.

#### Article XIV

Income derived by a professor from one of the Contracting States as remuneration for teaching or research work, during a period of temporary residence not exceeding two years, at a university, in the other Contracting State, shall not be taxed in that other State.

#### Article XV

Payments which a student or business apprentice from one of the Contracting States who is present in the other Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training, shall not be taxed in that other State, provided that such payments are made to him from sources outside that other State.

#### Article XVI

(1) Capital represented by immovable property as defined in paragraph (2) of Article XIII of this Agreement may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Subject to the provisions of paragraph (1), capital represented by assets forming part of the business property employed in a permanent establishment of an enterprise of a Contracting State, or by assets pertaining to a fixed base used for the performance of professional services,



triebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Vermögenswerte, die nicht unbewegliches Vermögen darstellen und dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, dem nach Artikel V das Recht zur Besteuerung der Gewinne aus dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge zusteht.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staate besteuert werden.

Artikel XVII

(1) Bei einer im Königreich Griechenland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Vorbehaltlich der Vorschriften des griechischen Einkommensteuerrechts wird die deutsche Steuer, die nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland und nach Maßgabe dieses Abkommens entweder unmittelbar oder im Abzugsweg von den Einkünften aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erhoben wird, auf die von diesen Einkünften zu entrichtende griechische Steuer angerechnet.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

1. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb des Königreichs Griechenland und die innerhalb des Königreichs Griechenland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach Maßgabe dieses Abkommens im Königreich Griechenland besteuert werden können, es sei denn, daß Nummer 2 gilt. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

2. a) Auf die von den nachstehenden Einkünften erhobene deutsche Steuer werden die folgenden Beträge angerechnet:

aa) bei Dividenden, die aus dem Königreich Griechenland stammen, die dafür entrichtete griechische Steuer;

bb) bei Zinsen, die aus dem Königreich Griechenland stammen, die dafür entrichtete griechische Steuer oder, wenn diese Zinsen auf Grund der besonderen griechischen

επαγγελματικῶν ὑπηρεσιῶν, δύνανται νὰ φορολογηθῶν εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος ὅπου εὐρίσκεται ἡ μόνιμος ἐγκατάσταση ἢ ἡ καθορισμένη βάση.

(3) Πλοῖα καὶ ἀεροσκάφη χρησιμοποιούμενα εἰς διεθνεῖς μεταφορὰς καὶ ἐνεργητικὰ στοιχεῖα, πλὴν ἀκινήτου ἰδιοκτησίας, ἀνήκοντα εἰς τὴν ἐκμετάλλευσιν τῶν τοιούτων πλοίων καὶ ἀεροσκαφῶν θὰ φορολογηθοῦνται μόνον εἰς τὸ Συμβαλλόμενον Κράτος τὸ ὁποῖον συμφώνως πρὸς τὸ ἄρθρον V τῆς παρούσης συμφωνίας ἔχει τὸ δικαίωμα νὰ φορολογῇ τὰ κέρδη τὰ προερχόμενα ἐκ τοιούτων πλοίων ἢ ἀεροσκαφῶν.

(4) Πάντα τὰ ἕτερα στοιχεῖα κεφαλαίου τὰ ὁποῖα ἀνήκουν εἰς κάτοικον ἐνὸς τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ φορολογηθοῦνται μόνον εἰς τὸ Κράτος τοῦτο.

Άρθρον XVII

(1) Εἰς περίπτωσιν κατοίκου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ὁ φόρος θὰ καθορίζεται ὡς ἀκολούθως:

Τῆρουμένων τῶν διατάξεων τῆς Ἑλληνικῆς φορολογικῆς νομοθεσίας τοῦ εἰσοδήματος, ὁ φόρος τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας ὁ καταβλητέος κατὰ τοὺς νόμους τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ συμφώνως πρὸς τὴν παρούσαν συμφωνίαν εἴτε ἀμέσως ἢ διὰ παρακατῆσεως, ἐν σχέσει πρὸς τὸ εἰσόδημα τὸ προερχόμενον ἐκ πηγῶν ἐντὸς τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, παρέχεται ὡς πίστωση, ἐναντι τοῦ Ἑλληνικοῦ φόρου τοῦ καταβλητέου ἐπὶ τοῦ εἰσοδήματος τούτου.

(2) Εἰς περίπτωσιν κατοίκου τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ὁ φόρος θὰ καθορίζεται ὡς ἀκολούθως:

1. Ἐκτὸς ἐὰν ἐφαρμοζῶνται αἱ διατάξεις τοῦ κατωτέρου ἔδαφου (2), ἐξαιρεῖται τῆς βάσεως ἐφ' ἧς ὁ φόρος τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ἐπιβάλλεται, πᾶν στοιχεῖον εἰσοδήματος ἐκ πηγῶν ἐντὸς τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος καὶ πᾶν στοιχεῖον κεφαλαίου εὐρισκόμενον ἐντὸς τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος, ὅπερ συμφώνως πρὸς τὴν παρούσαν συμφωνίαν δύνανται νὰ φορολογηθῶν εἰς τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος. Ἐν τούτοις ἡ Ὁμοσπονδος Δημοκρατία τῆς Γερμανίας διατηρεῖ τὸ δικαίωμα νὰ λάβῃ ὑπ' ὄψιν κατὰ τὸν καθορισμὸν τοῦ συντελεστοῦ τοῦ φόρου τῆς τὰ οὕτω ἐξαιρούμενα στοιχεῖα εἰσοδήματος καὶ κεφαλαίου.

2. (a) Θὰ παρέχεται ὡς πίστωση ἐναντι τοῦ φόρου τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τοῦ καταβλητέου ἐπὶ:

α) μερισμάτων προκυπτόντων εἰς τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος, ὁ ἐπ' αὐτῶν καταβλλόμενος ἐν Ἑλλάδι φόρος.

β) τόκων προκυπτόντων εἰς τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος, ὁ ἐπ' αὐτῶν καταβλλόμενος ἐν Ἑλλάδι φόρος ἢ, ἐὰν οἱ ἐν λόγῳ τόκοι ἀπαλλάσσονται τοῦ Ἑλληνικοῦ φόρου λόγῳ εἰδικῶν διατάξεων τῆς Ἑλληνικῆς νομοθεσίας διὰ τὴν

may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(3) Ships and aircraft operated in international traffic and assets, other than immovable property, pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State which according to Article V of this Agreement has the right to tax the profits derived from such ships or aircraft.

(4) All other elements of capital which belong to a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article XVII

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Kingdom of Greece as follows:

Subject to the provisions of the Greek income tax law Federal Republic tax payable under the laws of the Federal Republic of Germany and in accordance with this Agreement, whether directly or by deduction, in respect of income from sources within the Federal Republic of Germany shall be allowed as a credit against the Greek tax payable in respect of that income.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

1. Unless the provisions of subparagraph (2) below apply, there shall be excluded from the basis upon which Federal Republic tax is imposed, any item of income from sources within the Kingdom of Greece and any item of capital situated within the Kingdom of Greece which, according to this Agreement, may be taxed in the Kingdom of Greece. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so excluded.

2. (a) There shall be allowed as a credit against the Federal Republic tax payable in respect of

(aa) Dividends arising in the Kingdom of Greece the Greek tax paid thereon;

(bb) interest arising in the Kingdom of Greece the Greek tax paid thereon, or, if such interest is exempt from Greek tax due to special provisions of the Greek law

Rechtsvorschriften über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Griechenland von der griechischen Steuer befreit sind. 10 v. H. des Betrages dieser Zinsen;

cc) bei Vergütungen, die aus öffentlichen Kassen des Königreichs Griechenland an einen deutschen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich die Staatsangehörigkeit des Königreichs Griechenland hat, die dafür entrichtete griechische Steuer;

dd) bei den aus dem Königreich Griechenland stammenden Vergütungen im Sinne des Artikels XI Absätze 4 und 5 die dafür entrichtete griechische Steuer.

b) Bei Einkünften aus Dividenden, die einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft von einer im Königreich Griechenland ansässigen Aktiengesellschaft gezahlt werden, wird jedoch auf die deutsche Steuer der Betrag von 30 v. H. der Bruttodividenden angerechnet, aber nur, wenn

aa) der deutschen Kapitalgesellschaft mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der griechischen Aktiengesellschaft gehören und

bb) die griechische Aktiengesellschaft ihre Einkünfte ausschließlich oder fast ausschließlich aus dem Bergbau, aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Dienstleistungen, aus Bank- oder Versicherungsgeschäften oder aus Dividenden bezieht, die eine andere griechische Aktiengesellschaft zahlt, die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus dem Bergbau, aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften bezieht.

Artikel XVIII

Dieses Abkommen berührt nicht das Recht auf andere oder zusätzliche Befreiungen, die den diplomatischen und konsularischen Bediensteten derzeit zustehen oder ihnen künftig eingeräumt werden.

Artikel XIX

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden auf Verlangen

πρωόθησιν τῆς οἰκονομικῆς ἀναπτύξεως τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος, 10% τοῦ ποσοῦ τῶν ἐν λόγῳ τόκων.

γγ) ἀποζημιώσεως καταβαλλομένης ὑπὸ τοῦ Ἑλληνικοῦ Δημοσίου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος εἰς Γερμανὸν ὑπῆκοον, ὅστις δὲν εἶναι ἐπίσης ὑπῆκοος τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος, ὃ ἐπ' αὐτῆς καταβαλλόμενος ἐν Ἑλλάδι φόρος.

δδ) ἀποζημιώσεως ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ XI παρ. (4) καὶ (5) προκύπτουσης εἰς τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος, ὃ ἐπ' αὐτῆς καταβαλλόμενος ἐν Ἑλλάδι φόρος.

β) Ἐν τούτοις, εἰς τὴν περίπτωσιν εἰσοδήματος ἐκ μερισμάτων καταβαλλομένων εἰς Ἀνώνυμον Ἐταιρείαν (KAPITALGESELLSCHAFT), οὗσαν κάτοικον τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, ὑπὸ Ἀνώνυμου Ἐταιρείας, οὔσης κατοίκου τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος παρέχεται ὡς πίστωσις ἔναντι τοῦ φόρου τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας, τὸ ποσοῦν τῶν 30% τοῦ ἀκαθάρτου ποσοῦ μερισμάτων ἐὰν καὶ μόνον ἐὰν.

αα) τοῦλάχιστον τὰ 25% τῶν ἐχουσῶν δικαίωμα ψήφου μετοχῶν τῆς Ἑλληνικῆς ἀνώνυμου ἐταιρείας ἀνήκουν εἰς τὴν Γερμανικὴν ἀνώνυμον ἐταιρείαν (KAPITALGESELLSCHAFT) καὶ

ββ) ἡ Ἑλληνικὴ ἀνώνυμος ἐταιρεία κτᾶται τὸ εἰσόδημά της ἀποκλειστικῶς ἢ σχεδὸν ἀποκλειστικῶς ἐκ μεταλλείων, ἐκ τῆς παραγωγῆς ἢ πωλῆσεως ἀγαθῶν ἢ ἐμπορευμάτων ἢ ἐκ τῆς παροχῆς ὑπηρεσιῶν ἢ ἐκ διεξαγομένων τραπεζικῶν ἢ ασφαλιστικῶν ἐργασιῶν ἢ ἐκ μερισμάτων καταβαλλομένων ὑπὸ ἄλλης Ἑλληνικῆς ἀνώνυμου ἐταιρείας, ἥτις κτᾶται τὸ εἰσόδημά της ἀποκλειστικῶς ἢ σχεδὸν ἀποκλειστικῶς ἐκ μεταλλείων, ἐκ τῆς παραγωγῆς ἢ πωλῆσεως ἀγαθῶν ἢ ἐμπορευμάτων, παροχῆς ὑπηρεσιῶν ἢ ἐκ διεξαγομῶν τραπεζικῶν ἢ ασφαλιστικῶν ἐργασιῶν.

Ἄρθρον XVIII

Αἱ διατάξεις τῆς παρούσης συμφωνίας οὐδὲν ἔχουσι τὴν ἐννοίαν καταργήσεως ἢ καθ' οἷονδήποτε τρόπον περιορισμοῦ τοῦ νῦν ἀπολαμβανομένου ὑπὸ τῶν διπλωματικῶν καὶ προξενικῶν ὑπαλλήλων προνομίου ἐτέρων ἢ προσθετῶν ἀπαλλαγῶν ἢ τυχόν μέλλοντος νὰ χορηγηθῇ τοιοῦτου εἰς τοὺς ἐν λόγῳ ὑπαλλήλους.

Ἄρθρον XIX

(1) Αἱ ἀρμοδίαι ἀρχαὶ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὀφείλουσιν ὅπως ἀνταλ-

for the promotion of the economic development of the Kingdom of Greece, 10 per cent of the amount of such interest;

(cc) remuneration paid out of public funds of the Kingdom of Greece to a German national who is not also a national of the Kingdom of Greece, the Greek tax paid thereon;

(dd) remuneration within the meaning of Article XI par. (4) and (5) arising in the Kingdom of Greece, the Greek tax paid thereon.

(b) However, in the case of income from dividends paid to a company limited by shares being a resident of the Federal Republic of Germany by a company limited being a resident of the Kingdom of Greece there shall be allowed as a credit against the Federal Republic tax the amount of 30 per cent of the gross dividends, if, but only if,

(aa) at least 25 per cent of the voting shares of the Greek joint-stock company are owned by the German company limited by shares and

(bb) the Greek joint-stock company derives its income exclusively or almost exclusively from mining, producing or selling goods or merchandise, rendering services, or doing banking or insurance business, or from dividends paid by another Greek joint-stock company which itself derives its income exclusively or almost exclusively from mining, producing or selling goods or merchandise, rendering services, or doing banking or insurance business.

Article XVIII

The provisions of this Agreement shall not be construed to deny or affect in any manner the right of diplomatic and consular officers to other or additional exemptions now enjoyed or which may hereafter be granted to such officers.

Article XIX

(1) The competent authorities of the Contracting States shall upon request

die ihnen auf Grund ihrer Steuergesetze auf dem normalen Verwaltungswege zur Verfügung stehenden Auskünfte austauschen, die erforderlich sind, um dieses Abkommen durchzuführen, um bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens die Hinterziehung zu verhindern oder gesetzliche Vorschriften gegen Steuerverkürzung durchzuführen. Die derart ausgetauschten Auskünfte sind als geheim zu behandeln und dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die sich mit der Veranlagung oder Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens befassen. Auskünfte, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren offenbaren würden, dürfen nicht gegeben werden.

(2) Dieser Artikel ist nicht so ausulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Vorschriften oder der Verwaltungspraxis eines der Vertragsstaaten abweichen oder die seiner Souveränität, Sicherheit oder öffentlichen Ordnung widersprechen, oder Angaben zu übermitteln, die weder auf Grund seiner eigenen Rechtsvorschriften noch auf Grund der Rechtsvorschriften des ersuchten Staates beschafft werden können.

Artikel XX

(1) Weist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person nach, daß Maßnahmen der Steuerbehörden der Vertragsstaaten eine diesem Abkommen widersprechende Doppelbesteuerung bewirkt haben oder bewirken werden, so kann sie ihren Fall dem Staate, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Werden ihre Einwendungen als begründet erachtet, so wird sich die zuständige Behörde des angerufenen Staates mit der zuständigen Behörde des anderen Staates über die Vermeidung der Doppelbesteuerung zu verständigen suchen.

(2) Über Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder im Verhältnis dieses Abkommens zu Abkommen der Vertragsstaaten mit dritten Staaten auftreten, verständigen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten möglichst rasch.

Artikel XXI

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

λάσσωσι τῇ αἰτήσῃ των πληροφορίας (παρεχομένης συμφώνως πρὸς τοὺς οἰκειοὺς φορολογικοὺς νόμους ἐν τῇ ὁμαλῇ λειτουργίᾳ τῆς ὑπηρεσίας) ἀνεγκριάζας διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας ἢ διὰ τὴν παρεμπόδιον δολίων πράξεων ἢ πρὸς ἐφαρμογὴν τῶν κειμένων διατάξεων κατὰ τῆς νομίμου προδιαφυγῆς ἐν σχέσει πρὸς τοὺς φόρους οἵτινες ἀποτελοῦν τὸ ἀντικείμενον τῆς παρούσης συμφωνίας. Πᾶσα πληροφορία οὕτως ἀνταλλάσσουμένη δεόν ὅπως θεωρεῖται ἀπόρρητος καὶ μὴ ἀποκαλύπτεται εἰς οἰκονομικὰ πρὸςωπον πλὴν ἐκείνων οἵτινες εἶναι ἐπιφορτισμένοι μετὰ τὴν βεβαίωσιν καὶ τὴν εἰσπραξίν των φόρων τῶν ἀποτελούντων τὸ ἀντικείμενον τῆς παρούσης συμφωνίας. Οὐδεμίαν πληροφορία δεόν νὰ ἀνταλλάσσῃται ἢ ὅποια θὰ ἀπεκλύπτειν οἰκονομικὰ ἐμπορεύματα, ἐπιχειρηματικόν, βιομηχανικόν ἢ ἐπαγγελματικόν ἀπόρρητον ἢ οἰκονομικὰ ἐπαγγελματικὴν μέθοδον.

(2) Αἱ διατάξεις τοῦ παρόντος ἔθρου εἰς οὐδεμίαν περίπτωσιν ἔχουσι τὴν ἐννοίαν ἐπιβολῆς ἐπὶ ἑκατέρω των Συμβαλλομένων Κρατῶν τῆς ὑποχρέωσης λήψεως διοικητικῶν μέτρων μὴ συμφώνως πρὸς τοὺς κανονισμοὺς καὶ τὴν ἐν τῇ πράξει ἐφαρμοζομένην διαδικασίαν ἑκατέρω των Συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ ἀντιθέτων πρὸς τὰ κυριαρχικά δικαιώματά των, ἀσφάλειαν ἢ κρατικὴν πολιτικὴν ἢ παροχῆς στοιχείων μὴ παρεχομένων ὑπὸ τῆς νομοθεσίας τοῦ ἐν λόγῳ Κράτους ἢ τοῦ αἰτούντος τοιοῦτου.

Ἄρθρον XX

(1) Ἐὰν κάτοικος ἐνὸς ἐκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν ἀποδείξῃ ὅτι αἱ ἐνεργεῖαι των φορολογικῶν ἀρχῶν των Συμβαλλομένων Κρατῶν ἔχουσι ἢ ὅα ἔχουσι ὡς ἀποτέλεσμα τὴν διπλὴν φορολογίαν ἐν ἀντιθέσει πρὸς τὰς διατάξεις τῆς παρούσης συμφωνίας, δικαιούται οὗτος ὅπως θέσῃ ὑπὸ τῶν τὴν περίπτωσιν του ἐνώπιον τοῦ Κράτους τοῦ ὁποίου τυγχάνει κάτοικος. Ἐὰν ἡ αἰτίασις του θεωρηθῇ βάσιμος ἢ ἀρμοδίᾳ κρατικῆ ἀρχῆς, ἐνώπιον τῆς ὁποίας ἐτέθη αὐτῇ, ὀφείλει νὰ προσέλθῃ εἰς συμφωνίαν μετὰ τῆς ἀρμοδίας ἀρχῆς τοῦ ἐτέρου Κράτους πρὸς σκοπὸν τῆς ἀποφυγῆς τῆς διπλῆς φορολογίας.

(2) Πρὸς ἄρσιν των δυσχερειῶν ἢ ἀμφιβολιῶν ἐν τῇ ἐρμηνείᾳ ἢ ἐφαρμογῇ τῆς παρούσης συμφωνίας ἢ ἐν σχέσει πρὸς τὰς σχετικὰς διατάξεις συμφωνιῶν συναφθεισῶν μετὰ τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν μετὰ τρίτων τοιοῦτων, αἱ ἀρμοδίαι ἀρχαὶ των Συμβαλλομένων Κρατῶν δεόν ὅπως προσέλθουσι εἰς ἀμοιβαίαν συμφωνίαν τὸ ταχύτερον δυνατόν.

Ἄρθρον XXI

(1) Οἱ ὑπήκοοι ἐνὸς ἐκ των Συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν ὑπόκεινται ἐν τῷ ἐτέρῳ Συμβαλλομένῳ Κράτει εἰς οἰκονομικὰ φορολογίαν ἢ σχετικὴν ἐπιβάρυνσιν διάφορον ἢ ἐπαχθεστέραν τῆς φορολογίας καὶ των σχετικῶν ἐπιβαρύνσεων εἰς ἃς ὑπόκεινται ἢ δύνανται νὰ ὑπαχθῶσιν οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἐτέρου τοῦτου Κράτους ὑπὸ τὰς αὐτὰς συνθήκας.

exchange such information (being information available under the respective taxation laws in the normal course of administration) as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or for the prevention of fraud or the administration of statutory provisions against legal avoidance in relation to the taxes which are the subject of this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons other than those concerned with the assessment and collection of the taxes which are the subject of this Agreement. No information shall be exchanged which would disclose any trade, business, industrial or professional secret or any trade process.

(2) In no case shall the provisions of this Article be construed so as to impose upon either of the Contracting States the obligation to carry out administrative measures at variance with the regulations and practice of either Contracting State or which would be contrary to its sovereignty, security or public policy or to supply particulars which are not procurable under its own legislation or that of the State making application.

Article XX

(1) Where a resident of a Contracting State shows proof that the action of the tax authorities of the Contracting States has resulted or will result in double taxation contrary to the provisions of this Agreement he shall be entitled to present his case to the State of which he is resident. Should his claim be deemed worthy of consideration, the competent authority of the State to which the claim is made shall endeavour to come to an agreement with the competent authority of the other State with a view to avoidance of double taxation.

(2) For the settlement of difficulties or doubts in the interpretation or application of this Agreement or in respect of its relations to Agreements of the Contracting States with third States the competent authorities of the Contracting States shall reach a mutual agreement as quickly as possible.

Article XXI

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland:  
alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) hinsichtlich des Königreichs Griechenland:  
alle griechischen Staatsangehörigen;
- c) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Staatenlose dürfen in einem Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen dieses Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Vertragsstaat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Vorschrift ist nicht dahin auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(5) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel XXII

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung

(2) Ο όρος „επίδημοι“ σημαίνει:

- α) εν σχέσει προς την Ομοσπονδον Δημοκρατίαν της Γερμανίας:  
Πάντας τους Γερμανούς εν τη έννοια του άρθρου 116 (1) του βασικού Νόμου της Ομοσπονδον Δημοκρατίας της Γερμανίας.
- β) εν σχέσει προς το Βασίλειον της Ελλάδος:  
"Απαντας τους "Ελληνες υπηκόους.
- γ) πάντα τα νομικά πρόσωπα, προσωπικάς εταιρίας και άλλης μορφής εταιρίας θεωρούμενα ως τοιαύτα κατά την ισχύουσαν νομοθεσίαν εις εν εκ των Συμβαλλομένων Κρατών.

(3) Πρόσωπα άνευ εθνικότητας δεν υποβάλλονται εις εν των Συμβαλλομένων Κρατών εις οίανδήποτε φορολογίαν ή οίανδήποτε σχετικόν επιβάρυνσιν διάφορον ή επαχθεστέραν της φορολογίας και των σχετικών επιβαρύνσεων εις άς οι υπήκοοι του εν λόγω Κράτους υποβάλλονται ή δύνανται να υποβληθώσιν υπό τάς αύτας συνθήκας.

(4) Η φορολογία επί μονίμου έργαταστάσεως διατηρουμένης υπό επιχειρήσεως του ενός των Συμβαλλομένων Κρατών εις το έτερον Συμβαλλομένον Κράτος δεν να μη τυγχάνη, ολιγώτερον ευνοϊκήν εν τω έτέρω τούτω Κράτει από την επιβαλλομένην φορολογίαν επί επιχειρήσεων του έτέρου Κράτους ασχολουμένων με την αύτην δρασίαν.

Η παρούσα διάταξις δεν δύνανται να έρμηνευθώ ως υποχρεώνουσα το Συμβαλλόμενον Κράτος να χορηγή εις κατοίκους του έτέρου Συμβαλλομένου Κράτους οίανδήποτε προσωπικάς παραχωρήσεις, άπαιλλαγές και μειώσεις φορολογικής φύσεως λόγω πολιτικής θέσεως ή οικογενειακών υποχρεώσεων τάς οποίας χορηγεί εις τους ιδίους του κατοίκους.

(5) Επιχειρήσεις του ενός των Συμβαλλομένων Κρατών, των όποιων το κεφάλαιον εν όλω ή εν μέρει άνήκει ή ελέγχεται άμέσως ή έμμέσως υπό ενός ή περισσοτέρων κατοίκων του έτέρου Συμβαλλομένου Κράτους, δεν υποβάλλονται εις το πρώτον μνημονευθέν Συμβαλλόμενον Κράτος εις οίανδήποτε φορολογίαν ή σχετικόν επιβάρυνσιν διάφορον ή επαχθεστέραν της φορολογίας ή σχετικών επιβαρύνσεων εις άς υποβάλλονται ή δύνανται να υποβληθώσιν άλλιαι παρόμοιαι επιχειρήσεις του εν λόγω πρώτου μνημονευθέντος Κράτους.

(6) Έν τω παρόντι άρθρω ο όρος „φορολογία“ σημαίνει φόρος παντός είδους και πάσης μορφής.

Άρθρον XXII

Η παρούσα συμφωνία εφαρμόζεται ώσώπως εις την Ομοσπονδον Πολιτείαν

(2) The term "nationals" means:

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:  
all Germans within the meaning of Article 116 (1) of the basic Law for the Federal Republic of Germany;
- (b) in respect of the Kingdom of Greece:  
all Greek citizens;
- (c) all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in a Contracting State.

(3) Stateless persons shall not be subjected in a Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that State in the same circumstances are or may be subjected.

(4) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State maintains in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

(6) In this Article the term "taxation" means taxes of every kind and description.

Article XXII

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Govern-

der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel XXIII

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt dann

- a) hinsichtlich der griechischen Steuer mit Bezug auf die im Kalenderjahr 1964 und in den folgenden Kalenderjahren bezogenen Einkünfte;
- b) hinsichtlich der deutschen Steuer für die Steuern, die für das Kalenderjahr 1964 und die folgenden Kalenderjahre erhoben werden.

Artikel XXIV

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis einschließlich 30. Juni eines jeden Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr 1967 folgt, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat kündigen; in diesem Falle verliert dieses Abkommen seine Gültigkeit

- a) hinsichtlich der griechischen Steuer mit Bezug auf die Einkünfte, die in dem auf das Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahr bezogen werden;
- b) hinsichtlich der deutschen Steuer für die Steuern, die für das auf das Kündigungsjahr folgende Kalenderjahr erhoben werden.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Athen am achtzehnten April eintausendneuhundertsechundsechzig in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, englischer und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; im Zweifelsfall ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
Oskar Schlitter

Für das Königreich Griechenland:  
Th. Rendis

τοῦ Βερολίνου, ἐφ' ὅσον ἡ Κυβέρνησις τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας δὲν ἔχει ὑποβάλλει δηλώσιν περὶ τοῦ ἐναντίου εἰς τὴν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς ἡμερομηνίας ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς συμφωνίας.

Ἄρθρον XXIII

(1) Ἡ παρούσα συμφωνία δέον ὅπως κυρωθῆ καὶ οἱ τίτλοι κυρώσεως δέον ὅπως ἀνταλλαχῶσι τὸ ταχύτερον δυνατὸν ἐν Βόννῃ.

(2) Ἡ ἰσχύς τῆς παρούσης συμφωνίας ἄρχει μετὰ παρέλευσιν τοῦ ἐπομένου μηνὸς ἀπὸ τῆς ἡμερομηνίας τῆς ἀνταλλαγῆς τῶν τίτλων κυρώσεως καὶ ἀφορᾷ:

- α) Ὡς πρὸς τὸν Ἑλληνικὸν φόρον, τὸ εἰσόδημα τὸ κτώμενον διὰ τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος 1964 καὶ τὰ ἐπόμενα ἡμερολογιακὰ ἔτη.
- β) Ὡς πρὸς τὸν φόρον τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας, τοῦς φόρους οἵτινες ἐπιβάλλονται διὰ τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος 1964 καὶ τὰ ἐπόμενα ἡμερολογιακὰ ἔτη.

Ἄρθρον XXIV

Ἡ παρούσα συμφωνία ἰσχύει ἐπ' ἄοριστον, ἀλλὰ ἕκαστος τῶν Συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται, μέχρι καὶ τῆς 30ῆς Ἰουνίου οἰουδὴποτε ἡμερολογιακοῦ ἔτους μετὰ τὸ ἔτος 1967 νὰ ἐπιδώσῃ εἰς τὸ ἕτερον Συμβαλλόμενον Κράτος εἰδοποίησιν λήξεως, ἐν ταιούτῃ δὲ περιπτώσει ἡ παρούσα συμφωνία παύει ἰσχύουσα:

- α) ἐν σχέσει πρὸς τὸν Ἑλληνικὸν φόρον, προκειμένου περὶ εἰσοδήματος κτώμενου κατὰ τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος ὕπερ ἕτερου τοῦ ἔτους ἐντὸς τοῦ ὁποίου ἐπεδόθη ἡ εἰδοποίησις λήξεως.
- β) ἐν σχέσει πρὸς τὸν φόρον τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας διὰ φόρους οἵτινες ἐπιβάλλονται κατὰ τὸ ἡμερολογιακὸν ἔτος ὕπερ ἕτερου τοῦ ἔτους ἐντὸς τοῦ ὁποίου ἐπεδόθη ἡ εἰδοποίησις λήξεως.

Εἰς πίστωση τῶν ἀνωτέρω οἱ ὑποφαινόμενοι δεόντως ἐξουσιοδοτημένοι πρὸς τοῦτο, ὑπέγραψαν τὴν παρούσαν συμφωνίαν θεσπίζοντες τὰς σφραγίδας αὐτῶν.

Ἐγένοντο εἰς ἕξ πρωτότυπα ἐν Ἀθήναις τῆν 18ην Ἀπριλίου 1966, ἀνὰ δύο εἰς τὴν Γερμανικὴν, Ἑλληνικὴν καὶ Ἀγγλικὴν γλῶσσαν, τῶν τριῶν κειμένων ὧν-ὡν ἕξ ἕσου κύθεντικῶν, ἐν περιπτώσει δὲ ἀμφιβολίας ὑπериσχύει τὸ Ἀγγλικὸν κείμενον.

Διὰ τὴν Ὁμοσπονδὸν Δημοκρατίαν  
τῆς Γερμανίας  
Ὁσκαρ Σλίττερ

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος  
Θεοφάνης Πέντης

ment of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Kingdom of Greece within three months from the date of entry into force of the Agreement.

Article XXIII

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Agreement shall come into force after the expiration of a month following the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall thereupon have effect:

- (a) in respect of Greek tax, in relation to the income derived in the calendar year 1964 and the subsequent calendar years,
- (b) in respect of Federal Republic tax, for taxes which are levied for the calendar year 1964 and the subsequent calendar years.

Article XXIV

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may on or before the 30th day of June in any calendar year after 1967 give to the other Contracting State notice of termination, and in such event this Agreement shall cease to be effective:

- (a) in respect of Greek tax, in relation to the income derived in the calendar year subsequent to the year in which the notice of termination is given,
- (b) in respect of the Federal Republic tax, for taxes which are levied for the calendar year following the year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned duly authorised thereto have signed this Agreement and have affixed thereto their seals.

DONE in six originals in Athens this day of April 18th two each in the German, Greek and English languages, all three texts being equally authoritative except in the case of doubt when the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:  
Oskar Schlitter

For the Kingdom of Greece:  
Th. Rendis

## Denkschrift

Das vorliegende Abkommen regelt zum erstenmal auf vertraglicher Grundlage die Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland. In beiden Ländern bestehen mit gleichem Ziel schon heute auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erlassene innerstaatliche Rechtsregelungen, und zwar auf deutscher Seite die Verordnung zur Beseitigung von Doppelbesteuerungen auf dem Gebiet der direkten Steuern im Verhältnis zu Griechenland vom 15. Juni 1944 (RGBl. II S. 47) und auf griechischer Seite das Gesetz Nr. 1649 vom 5. August 1944 (wegen der Wiederanwendung dieser Bestimmungen vgl. den Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 17. April 1952 [BStBl. I S. 283]). Dem heutigen Stand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und der modernen Entwicklung des internationalen Steuerrechts konnten diese Bestimmungen jedoch nicht mehr genügen. Sie mußten deshalb durch eine umfassende, den heutigen Bedürfnissen angepaßte Vertragsregelung ersetzt werden.

Den Verhandlungen, die im Juni 1959 in Bonn und im Mai 1963 in Athen geführt wurden, lagen von deutscher Seite ausgearbeitete Vertragsentwürfe zugrunde.

Das Abkommen entspricht in Inhalt und Aufbau im wesentlichen der deutschen Abkommenspraxis; es folgt in zahlreichen Bestimmungen dem Musterentwurf der OECD und ist damit ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung des internationalen Steuerrechts. Für Einkünfte, die aus einem der beiden Staaten (Quellenstaat) im anderen Staat (Wohnsitzstaat) ansässigen Personen zufließen, beseitigt das Abkommen die Doppelbesteuerung auf folgende Weise: Für gewisse Einkünfte wird die Besteuerung im Quellenstaat aufgehoben; diese Einkünfte dürfen dann nur noch im Wohnsitzstaat besteuert werden. Bei anderen Einkünften bleibt das Besteuerungsrecht des Quellenstaates voll oder in beschränktem Umfang aufrechterhalten. In diesen Fällen wird die Doppelbesteuerung dadurch vermieden, daß der Wohnsitzstaat die Einkünfte entweder von seiner Steuer freistellt, oder die Steuer des Quellenstaates auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel XVII). Ähnliche Bestimmungen gelten für die Besteuerung des Vermögens (vgl. Artikel XVI und XVII).

Zu den einzelnen Abkommensvorschriften ist folgendes zu bemerken:

### Zu Artikel I

Dieser Artikel bestimmt, für welche Steuern das Abkommen gilt.

Zu dieser Vorschrift haben die Verhandlungsdelegationen in einer Verständigungsniederschrift festgehalten, daß auch die griechischen Sondersteuern

von in Griechenland registrierten Schiffen als Teil der griechischen Einkommensteuer von dem Abkommen erfaßt werden.

### Zu Artikel II

Absatz 1 dieses Artikels definiert einige wichtige, in dem Abkommen verwendete Begriffe. Hervorzuheben ist die dem Musterentwurf der OECD entsprechende Bestimmung über den Wohnsitz (Nummer 4); während die bisher in beiden Ländern bestehenden einseitigen Rechtsvorschriften nur für deutsche und griechische Staatsangehörige galten, erstreckt sich der Schutz des vorliegenden Abkommens auf alle Personen, die in einem oder beiden Staaten einen steuerlichen Wohnsitz haben. Die Definition des Ausdrucks „Betriebsstätte“ (Nummer 7) folgt ebenfalls den Vorschlägen des OECD-Musterentwurfs. Im Interesse des freien zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs zieht diese Regelung die Grenzen des Betriebsstättenbegriffs wesentlich enger als die bisherigen in der Bundesrepublik und Griechenland geltenden einseitigen Rechtsvorschriften.

Absatz 2 enthält Vorschriften für die Anwendung und Auslegung des Abkommens.

### Zu Artikel III

Wie schon nach den bisherigen in der Bundesrepublik und Griechenland geltenden innerstaatlichen Rechtsbestimmungen dürfen gewerbliche Gewinne im Quellenstaat nur besteuert werden, wenn sie einer dort belegenen Betriebsstätte zugerechnet werden können. Die Absätze 2 bis 4 regeln die Ermittlung des Betriebsstättengewinns. Absatz 5 stellt klar, daß dadurch weitergehende Abkommensvorschriften, die das Besteuerungsrecht dem Quellenstaat zuweisen, unberührt bleiben. Absatz 6 bezieht die Lohnsummen- und Gewerkekapitalsteuer in diese Regelung ein. Diese Bestimmungen entsprechen dem Musterentwurf der OECD.

### Zu Artikel IV

Dieser, dem Musterentwurf der OECD entsprechende Artikel befaßt sich mit steuerlich nicht anzuerkennenden Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen.

### Zu Artikel V

Dieser Artikel stellt — internationalen Vertragsgrundsätzen entsprechend — Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen eines Staates von der Besteuerung im anderen Staat frei. In Griechenland ansässige Personen unterliegen nach Absatz 1 nur den griechischen Steuern für die im internationalen Verkehr erwirtschafteten Einkünfte, die sie aus in griechischen Häfen registrierten Schiffen beziehen. Absatz 2 weist umgekehrt der Bundesrepublik das alleinige Besteuerungsrecht für solche Einkünfte zu.

die in der Bundesrepublik ansässige Personen aus Unternehmen mit Geschäftsführung im deutschen Inland aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr beziehen. Nach den Absätzen 3 und 4 können entsprechend Luftfahrtunternehmen eines Staates mit ihren Einkünften aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und aus Gemeinschaftsunternehmen nur in diesem Staate besteuert werden. Absatz 5 bezieht die Lohnsummen- und Gewerbesteuer in diese Regelung ein.

#### Zu Artikel VI

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden. Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Der internationalen Vertragspraxis entsprechend wird aber dem Quellenstaat ein der Höhe nach begrenztes Besteuerungsrecht eingeräumt (Absatz 2). Bei der Bemessung des Höchstsatzes für die Steuer des Quellenstaates war zu berücksichtigen, daß nach griechischem Steuerrecht die griechische Körperschaftsteuer (Normalsatz: 35 v.H.) von dem ausgeschütteten Teil des Gewinns nicht erhoben wird. Der in die Bundesrepublik abfließende Gewinn griechischer Gesellschaften unterliegt daher nur einer Steuer zu Lasten des Aktionärs; sie wird nach nationalem griechischem Steuerrecht als Abzugsteuer zu einem Satz von 25 v.H. erhoben, zu der bei Ausschüttungen an in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaften eine zusätzliche Steuer mit einem Satz von 10 v.H. tritt.

Da der aus Griechenland in die Bundesrepublik abfließende Gewinn nicht mit griechischer Körperschaftsteuer belastet ist, erschien es gerechtfertigt, die Steuer des Quellenstaates nicht auf den im OECD-Musterentwurf für Normalverhältnisse empfohlenen und international weithin üblichen allgemeinen Satz von 15 v.H. zu begrenzen, sondern bis zu einem Satz von 25 v.H. zuzulassen. Auch die Empfehlungen des OECD-Steuerausschusses lassen eine Quellensteuer von mehr als 15 v.H. für solche Länder zu, die — wie Griechenland und die Bundesrepublik — den ausgeschütteten Teil des Gewinns nicht oder zu einem geringeren Satz besteuern als den nichtausgeschütteten Gewinn. Die Begrenzung der Steuer des Quellenstaates auf den Satz von 25 v.H. bewirkt, daß von Dividenden, die griechische Gesellschaften an deutsche Kapitalgesellschaften zahlen, die zusätzliche Steuer von 10 v.H. nicht mehr erhoben werden kann.

Die diese Regelungen ergänzende Begriffsbestimmung des Ausdrucks Dividenden (Absatz 3) und der Vorbehalt der Betriebsstättenbesteuerung (Absatz 5) folgen den Vorschlägen des OECD-Musterentwurfs.

#### Zu Artikel VII

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für Zinsen grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. (Absatz 1). Dem Musterentwurf der OECD entsprechend räumt Absatz 2 auch dem Quellenstaat ein Besteuerungsrecht ein, begrenzt aber seine Steuer auf den Satz von 10 v.H. Zinsen, die der Staatsbank eines Lan-

des oder der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau aus dem anderen Staat zufließen, sind jedoch völlig von der Steuer dieses anderen Staates freigestellt (Absatz 3).

Die diese Regelung ergänzenden Bestimmungen der Absätze 4 bis 7 entsprechen dem OECD-Musterentwurf.

Das griechische Steuerrecht befreit bestimmte Zinsen von der Einkommensbesteuerung, soweit nicht ein Doppelbesteuerungsabkommen Griechenland diese Besteuerung zuweist. Absatz 8 sichert, daß diese Befreiung trotz des vorliegenden Abkommens den in der Bundesrepublik ansässigen Personen erhalten bleibt.

#### Zu Artikel VIII

Dieser Artikel weist, entsprechend dem OECD-Musterentwurf, für Lizenzgebühren das ausschließliche Besteuerungsrecht dem Wohnsitzstaat zu. Nicht unter diese Regel fallen Gebühren für die Überlassung von kinematographischen Filmen (vgl. Artikel II Abs. 1 Nr. 6). Im übrigen entspricht der Artikel dem Musterentwurf der OECD.

#### Zu Artikel IX

Nach diesem den Grundsätzen der OECD entsprechenden Artikel können Gewinne aus der Veräußerung von Vermögenswerten nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 1). Dem Wohnsitzstaat steht jedoch das Besteuerungsrecht für die Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen (Artikel XIII Abs. 3) und für die im Zusammenhang mit einer Betriebsstätte anfallenden Veräußerungsgewinne zu (Absatz 2).

#### Zu Artikel X

Nach diesem Artikel können Vergütungen für Dienstleistungen, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, nur in dem Staat der auszahlenden Kasse besteuert werden. Diese Bezüge können aber auch in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Steuerpflichtige dort ansässig ist und die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzt, ohne zugleich Staatsangehöriger des Staates der zahlenden Kasse zu sein. Diese Regelung gilt auch für Gehaltszahlungen der Staatsbahnen, der Post und der Staatsbanken beider Länder (Absatz 4), nicht aber für Gehälter, die im Rahmen einer gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand anfallen (Absatz 3).

#### Zu Artikel XI

Dieser Artikel regelt — in engem Anschluß an das Musterabkommen der OECD — die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit. Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit können danach im Quellenstaat nur besteuert werden, wenn sie einer dortigen festen Einrichtung zuzurechnen sind; eine Ausnahme gilt für berufsmäßige Künstler und Sportler (Absatz 1) sowie für Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen (Absatz 4). Für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit steht das Besteuerungsrecht dem Staat zu, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird (Absatz 2). Sonderregelun-

gen gelten für kurzfristig entsandte Arbeitskräfte, sowie für Dienstleistungen, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges erbracht werden (Absätze 5 und 6).

#### Zu Artikel XII

Dieser Artikel weist für Ruhegehälter und Renten das ausschließliche Besteuerungsrecht dem Wohnsitzstaat zu (Absatz 1). Abweichend davon können nach den Absätzen 2 bis 4 Ruhegehälter und Renten aus öffentlichen Kassen im Staat der Kasse besteuert werden; diese Regelung gilt nach Absatz 5 auch für Kriegsfolgeentschädigungen und Entschädigungen für politische Verfolgung.

#### Zu Artikel XIII

Dieser, dem OECD-Musterabkommen entsprechende Artikel weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dem Belegenheitsstaat zu.

#### Zu Artikel XIV und XV

Diese Artikel sollen den internationalen Austausch von Ausbildungskräften, Schülern, Lehrlingen und Studenten fördern. Zu diesem Zweck befreit Artikel XIV Einkünfte bestimmter Gastlehrkräfte aus ihrer Lehrtätigkeit von der Steuer des Gastlandes, während Artikel XV die Unterhalts-, Ausbildungs- und Studiengelder bei Austauschstudenten und Lehrlingen von der Steuer des Gastlandes freistellt, soweit diese Gelder nicht aus dem Gastland selbst stammen.

#### Zu Artikel XVI

Dieser im wesentlichen dem Musterentwurf der OECD entsprechende Artikel regelt die Vermögensbesteuerung. Die Absätze 1 bis 3 weisen das Besteuerungsrecht für unbewegliches Vermögen und Betriebsstättenvermögen — außer den Betriebsstätten international tätiger Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen — dem Belegenheitsstaat zu. Das gesamte übrige Vermögen darf nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 4).

#### Zu Artikel XVII

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und bei Vermögensteilen beseitigt, die nach dem Abkommen im Quellen- und Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Bei in Griechenland ansässigen Personen zieht Griechenland uneingeschränkt alle nach dem Abkommen der Bundesrepublik zur Besteuerung zugewiesenen Einkünfte zur griechischen Steuer heran, rechnet jedoch die deutsche Steuer auf die für diese Einkünfte zu entrichtende griechische Steuer an (Anrechnungsmethode).

Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die Einkünfte oder Vermögensteile, die nach dem Abkommen in Griechenland besteuert werden können, nach Absatz 2 Nr. 1 grundsätzlich von den deutschen Steuern freigestellt (Freistellungsmethode), ohne aber bei der Ermittlung des Steuersatzes für

die übrigen Einkünfte auszuscheiden (Progressionsvorbehalt). Abweichend davon bleiben die folgenden aus Griechenland stammenden Einkünfte der deutschen Besteuerung voll unterworfen, wobei aber zur Beseitigung der Doppelbesteuerung die griechische Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet wird (Anrechnungsmethode):

Dividenden;

Zinsen;

Vergütungen für Dienstleistungen, die aus griechischen öffentlichen Kassen an in der Bundesrepublik ansässige deutsche Staatsangehörige gezahlt werden, die nicht zugleich auch griechische Staatsangehörige sind;

Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen und Vergütungen für Dienstleistungen an Bord in Griechenland registrierter Seeschiffe.

Um seine Wirtschaftsentwicklung zu fördern, gewährt Griechenland ausländischen Investoren gezielte Steuervergünstigungen; so werden in gewissen Fällen ins Ausland abfließende Zinsen ganz oder teilweise von den griechischen Steuern freigestellt. Würde nur die tatsächlich gezahlte griechische Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet, so gingen diese Investitionsanreize verloren. Um das zu verhindern, sind nach dem Abkommen bei Zinsen auch die griechischen Steuern anzurechnen, die Griechenland nach dem Abkommen erheben dürfte, auf die es aber zur Förderung seiner wirtschaftlichen Entwicklung verzichtet hat [Absatz 2 Nr. 2 (bb)]. Damit wird die Anlage deutschen Kapitals in Griechenland auch steuerlich gefördert.

Bei Dividenden, die eine deutsche Muttergesellschaft (Mindestbeteiligung: 25 v. H.) von einer griechischen Tochtergesellschaft erhält, ist auf die deutsche Steuer ein Betrag von 30 v. H. der Bruttodividende anzurechnen. Diese Regelung berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn keiner griechischen Körperschaftsteuer unterlegen hat. Der Anrechnungsbetrag übersteigt jedoch die griechische Quellensteuer, die von den Dividenden zu Lasten des Aktionärs erhoben werden kann. Das Abkommen senkt damit die Gesamtbelastung der ausgeschütteten Gewinne im groben auf den Betrag ab, der anfiel, wenn diese Gewinne in Griechenland einer Körperschaftsteuer mit einer Belastung von etwa 35 v. H. und daneben einer — nach internationaler Praxis — auf 10 oder 15 v. H. begrenzten Quellenbesteuerung der Dividenden unterlägen, in der Bundesrepublik aber — nach der in den anderen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen üblichen Regelung — von der deutschen Körperschaftsteuer freigestellt würden.

Diese Regelung gewährleistet auch, daß etwaige griechische Steuerbefreiungen dem deutschen Investor voll zugute kommen. Die Beschränkung auf Ausschüttungen verbender Gesellschaften im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb schließt ungerechtfertigte Steuervorteile durch internationale Einkommensverlagerungen aus.

#### Zu Artikel XVIII

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen weitergehende Vergünstigungen für diplomatisches und konsularisches Personal nicht berührt.



**Zu Artikel XIX**

Nach diesem Artikel können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten Auskünfte austauschen, die zur Durchführung des Abkommens und zur Vermeidung der Steuerhinterziehung erforderlich sind.

**Zu Artikel XX**

Dieser Artikel sieht vor, daß die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten die bei der Anwendung des Abkommens auftauchenden Fragen im Verständigungs- oder Konsultationsverfahren lösen.

**Zu Artikel XXI**

Dieser dem Musterentwurf der OECD entsprechende Artikel untersagt steuerliche Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit (Absätze 1 bis 3). Die Absätze 4 und 5 enthalten Vorschriften für die Besteuerung von Betriebstätten und Kapitalbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen. Die Verhandlungsdelegationen haben dazu in einer gemeinsamen Niederschrift festgehalten, daß die deutschen

Rechtsvorschriften über die beschränkte Steuerpflicht — auch soweit sie von denen für unbeschränkt Steuerpflichtige abweichen — nicht gegen Absatz 4 verstoßen. Der Artikel gilt nach Absatz 6 für Steuern jeder Art.

**Zu Artikel XXII**

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

**Zu Artikel XXIII**

Dieser Artikel regelt die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Abkommens. Nach Absatz 2 soll das Abkommen erstmals für das Kalenderjahr 1964 angewendet werden. Diese Regelung wurde schon 1963 vereinbart. Zum Schutz des Vertrauens der Steuerpflichtigen wurde an ihr festgehalten, obwohl sich die Unterzeichnung des Abkommens länger als erwartet hinzog.

**Zu Artikel XXIV**

Dieser Artikel enthält Vorschriften über eine etwaige Kündigung des Abkommens.